

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. Mai 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate, usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 54.

Zur 7. Generalversammlung!



Bedeutungsvolle Tage brechen für den Verband der Deutschen Buchdrucker an! Die Einberufung des Buchdruckerparlaments erfolgt zum neunzehnten Male, seitdem auf den Trümmern des von den öffentlichen Gewalten nachmärzlicher Zeit niedergeschlagenen 1848er Organisationsversuchs der Zusammenschluß der deutschen Buchdrucker doch zur Tatfache geworden. Sicherlich haben diese Verbandstage und Generalversammlungen immer schon das allgemeine Interesse der Kollegenschaft gehabt. Der Deutsche Buchdruckerverband wie der nachmalige Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker und der jetzige Verband der Deutschen Buchdrucker sind stets der Mittel- und Angelpunkt in unserm Gewerbe gewesen, selbst wenn das numerische Übergewicht nicht auf Seiten unsrer Organisation lag.

Heute ist der Verband mit der ganzen Schwerkraft einer selbst den Festigsten seiner Gegner achtunggebietenden Arbeiterorganisation über die beruflichen und die weiter gezogenen gewerblichen Grenzen hinaus richtunggebend geworden. In unserm Verbands hat — es kann dies wohl ohne Überhebung gesagt werden — der gewerkschaftliche Gedanke im weitesten Maße Verwirklichung gefunden und ist — mit nicht weniger Berechtigung behauptet — am reinsten gepflegt und auch am reinsten erhalten geblieben. Ist die Zahl unsrer Gegner trotzdem groß, so ergibt sich als logischer Schluß, daß im wahrsten Sinne des Wortes positive Gewerkschaftsarbeit in das gewerbliche, wirtschaftliche und öffentliche Leben doch tiefere Furchen gräbt, als die wortreichsten und verstiegensten Resolutionen es je vermöchten.

Also kommt unsrer am 15. Mai in Hannover zusammentretenden siebenten ordentlichen Generalversammlung erhöhte Bedeutung zu. Auch dadurch, daß die Mehrzahl der Sparten das Ergebnis der Tagung des Verbandparlaments zur Unterlage ihrer besonderen Kongresse machen wird, von denen zu erwarten steht, daß sich diese aus der größeren beruflichen Spezialisierung und der mächtigen Entwicklung unsrer Organisation sich ergebende Neuerung wohl bewähren wird.

Schon einmal wurden nach Hannover die Erklarenen des Buchdruckervolks entsandt. Es war im Jahre 1879 und war in doppelter Beziehung die erste Generalversammlung: die des Ende 1878 unfreiwillig erstandenen Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker wie der Gehilfenorganisation überhaupt. Vordem fanden Verbandstage statt, was im Wesen der Sache jedoch dasselbe war. In dieser für alle Gewerkschaften trüben Zeit ist es auch um unsre Sache nicht gut bestellt gewesen. Von über 2700 Druckereien in Deutschland hatten nur 654 den Tarif anerkannt und von den vorhandenen 16000 Gehilfen erst 5950 den Weg zur Organisation gefunden. Und wie wurde der Tarif eingehalten! An den schönen Errungenschaften von 1873 hatte es bald dermaßen gebröckelt, daß die Tarifrduktionen von 1876 und 1878 eigentlich und im allgemeinen nicht einmal Verschlechterungen bedeuteten, sondern einfach ausdrückten, was wirklich schon war. Die ein Jahr zuvor ebenfalls in Hannover versammelt gewesene Prinzipalität hatte gar die Absicht, eine Reduzierung um 16 $\frac{2}{3}$ Proz. vorzunehmen.

Heute sehen wir die weit fester gefügte Tarifgemeinschaft mit ordnender Hand über mehr als 7800 Druckereien in annähernd 2200 Orten walten. Was besagen will, daß über die Zahl der Buchdruckhauptbetriebe hinaus auch andre Unternehmungen in den Bannkreis unsrer Tarifgemeinschaft einbezogen wurden und sicher nicht weniger als 95 Proz. aller Gehilfen in tariffreien Druckereien tätig sind. Der augenblickliche Mitgliederstand unsrer Organisation von etwas über 63000 ist ein nicht minder bereiteter Zeuge für die ganz erstaunliche Entwicklung, die Gewerbe und Verband in allen Teilen und Beziehungen genommen haben. Freilich nicht einer solchen, die über Nacht oder von ohngefähr gekommen; sondern mehr oder weniger als Resultat weltblickender Gewerkepolitik und sorgsam abwägender Gewerkschaftstaktik zu betrachten ist.

Wenn vor nunmehr 32 Jahren unter solchen Verhältnissen und Zeiläufen die Arbeitslosenunterstützung geschaffen und das Krankenunterstützungswesen wenigstens im Prinzip zentralisiert werden konnte, so verdient die erstmalige Tagung des Verbandparlaments in Hannover heute noch besondere Wertung. Hat doch nach Hannover die Organisation einen kräftigeren Aufschwung genommen: die Mitgliederziffer stieg schneller und das finanzielle Rückzeug erstarke.

Nicht wie damals handelt es sich gegenwärtig um eine dem Unterstützungswesen sich zuwendende Reorganisation des Verbandes. Wenn auf diesem Gebiete die Zeit zu Verbesserungen oder gar Reformen drängen sollte, muß gerade jetzt höherer Interessen wegen in eine Vertagung dieser Wünsche gewilligt werden. Heute schieben sich zentnerschwer die tariflichen und gewerkschaftstaktischen Fragen in den Vordergrund. Sie erschöpfen und erledigen sich nicht mit schönen Redensarten und weniger noch mit effektvollen Blendern oder radikalen Gedankenlosigkeitkeiten. Da heißt es Bekennermut zeigen und der richtigen Erkenntnis und den wahren Notwendigkeiten zum Durchbruche verhelfen. Nicht überflüchtig und trunken nur das Ziel sehen, sondern auch auf die auf und an dem Wege lagernden Schwierigkeiten! Mißstände und Mißverhältnisse werden nicht beseitigt durch bängliches Schwanken oder peinliches Schweigen, auch nicht durch billiges Mörgeln und Krütteln.

Es bedarf der vollsten Hingabe aller, die das Vertrauen der Kollegen nach Hannover beruft, die Wege so zu ebnen, daß die große Meeresfülle unbedenklich ihren Bahnen nachfolgen kann. Soll diese wahrlich nicht leichte Arbeit von gutem Gelingen gekrönt sein, dann müssen die Pfadfinder sämtlich den besten Willen zu einer dem Ganzen dienlichen Verständigung mitbringen. In ihrer Brust darf nicht der Mut der Überzeugung seine Spannkraft üben, wenn nicht auch der Mut der Konsequenz daneben wohnt. Sie dürfen auch nicht, wenn sie zu hohem Flug ansetzen, das Verantwortlichkeitsgefühl zu Kaufe lassen. Im Widerstreite der Meinungen herrsche die Kollegialität als Grundton vor; und jeder sei sich in jedem Augenblicke der großen Tradition unsrer alten Organisation bewußt, in der das Ermitteln von Wahrheiten noch immer mehr gegolten hat als das Konstruieren von Theorien. So seid gegrüßt denn zur ersten, schweren und — wir hoffen es zuversichtlich — auch recht erfpriechlichen Verbandsarbeit in Hannover!

Schlaglichter.

III.

Wir haben im Artikel I vom Buchdruckeramt erfahren, daß auch dort nicht mehr die idyllische Ruhe eines ländlichen Gemäldes à la Biedermeier herrscht, sondern im gewerblichen Leben schärfere Akzente angeschlagen werden und demgemäß auch die Organisationen die alte Gemächlichkeit abstreifen mußten, mit der sie schlecht oder recht einen langsame Aufstieg nahmen. Die allgemeine Nervosität unserer Zeit kommt im Wirtschaftsleben zu unverfehlbarem Ausdruck. „Andre Zeiten, andre Vögel! Andre Vögel, andre Lieder! Sie gefallen mir vielleicht, wenn ich andre Ohren hätte“, schließt Heinrich Heine seinen „Atta Troll“.

Zu unserm ruhigen Deutschland ist es im Buchdruckergewerbe seit Jahren merklich unruhig geworden. Andre Vögel lassen andre Lieder erschallen, lieblichere freilich nicht. Es ist so manches gleich Fremdkörpern in den gewerblichen Organismus eingebracht und hat zersetzend gewirkt; hier mehr, dort weniger. Damit muß man sich abfinden, wenn es auch bedauerlich ist, daß man von der alten guten Tradition der Buchdrucker, sich von andern Leuten nichts hineinreden zu lassen, zum Teil abgekommen ist. Zwar haben die Leute, die auf Prinzipalseite heute den Umsturz der gewerblichen Verfassung auf ihre Fahne geschrieben haben, auch schon vor Jahrzehnten aus demselben Froschscheiß ihre Unkonten erschallen lassen, und wenn man in alten Jostianen Blätter, ist z. B. die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ mit fast den gleichen Tiraden anzutreffen, die heute bis zur Bewußtlosigkeit ihre Spalten, die des „Arbeitgeber für das Druckergewerbe“ oder die berüchtigten Flugblätter des Arbeitgeberverbandes füllen.

Was im Laufe und Wandel der Zeiten schon an Gift und Galle gegen unsere Organisation gespien worden ist, mußte eigentlich ausreichen, eine ganze Nation zu vernichten. Onkel Blanke und ein andrer, noch unter den Lebenden weisender Junstgenosse haben... das Begehren des Verbandes, schon vor 30 Jahren und länger aus dem ff. verstanden. Und wenn man das unlängst herausgekommene neueste Pamphlet dieser Gewerbebeglücker aufschlägt und liest nach Überwindung des ersten Ekelgefühls weiter, dann findet man beinahe stereotypiert den alten Knautsch über eine Arbeiterorganisation wieder, die den rein gewerkschaftlichen Charakter sich bis auf den heutigen Tag streng bewahrt hat. Nehmen wir beispielsweise die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ vom Jahre 1878 zur Hand.

Onkel Blanke, der mit seiner ja längst-felig entschlafenen Freien Vereinigung gleich nach dem denkwürdigen Jahre 1878 den jetzigen Gutenbergbund vorausgehnt hat, stellt da in einer Nummer „die verbänderliche Buchdrucker an die Spitze der Arbeiterklasse“, die — „die Absetzung Gottes dekretiert“! Auch hatte der Gute schon glücklich herausgefunden, „daß der Verband schon seit Jahren voll und ganz auf dem Boden der internationalen Sozialdemokratie steht“. Aber auch der Deutsche Buchdruckerverein war auf Entdeckungswegen gegangen; als deren Ergebnis jener auf seiner Generalversammlung in Hannover am 16. Juni 1878 gefasste Beschluß anzusehen ist, der besagt:

Der Deutsche Buchdruckerverein erklärt es für eine Pflicht seiner Mitglieder, den sozialdemokratischen Gesinnungen und Agitationen unter den von ihnen beschäftigten Arbeitern entgegenzuwirken, insbesondere sie von der Beteiligung an sozialdemokratischen Vereinen und Versammlungen abzumahnern, und falls dies ohne Erfolg, Kündigung und Entlassung auszusprechen, um dagegen Arbeitern, welche sich von solchen dem Staat und der Gesellschaft gefährlichen Bestrebungen fern halten, Beschäftigung zu geben.

Natürlich wehrte das von Richard Härtel redigierte Verbandsorgan dieses Beginnen, den Gesellen die politische Gesinnung vorzuschreiben, ganz entschieden ab. Im „Korr.“ blieb auch sonst nicht die Antwort aus auf die Versuche, unserer Organisation das sozialdemokratische Epiteton anzuhängen. So lesen wir in einem eingeklandeten Artikel des Jahrgangs 1878: „Es sei ein beliebtes und deshalb oft versuchtes Mittel der Verbandsgegner, zu behaupten, der Buchdruckerverband sei einfach nichts andres als ein Glied der sozialdemokratischen Partei“. Mit dem (anscheinend von dem damals verbandsfeindlichen „Journal für Buchdruckerkunst“ erfundenen) Worte „Verbandssozialismus“ suchte man den Nichtmitgliedern und den Prinzipalen einen Schrecken einzujagen, um sie noch mehr gegen die Gesellenorganisation einzunehmen. Der auf seine Arbeitskraft angewiesene Geselle strebe, vorausgesetzt, daß er dazu den Mut hat, die möglichste Verbesserung seiner materiellen Lage an, das sei der ganze „Verbandssozialismus“, „der in politischer Hinsicht jedem nach seiner Fassart selbstig werden läßt“. So war es damals schon, und so ist es auch heute noch. Und was der Verband vor 33 Jahren und früher war, ist er jetzt noch: eine wirklich neutrale Gewerkschaft. Wenn in dieser Beziehung heute die andern Vögel kein andres Lied singen, so brauchen wir uns darob nicht in das Grab zu legen. Lassen wir sie den alten Leierkasten weiter drehen, es ist ein würdiges Trio: die beiden Arbeitgeberverbandsorgane und der zum Erbarmen verblödete „Typo-“

graph“. Man erlebt zur ergötzlichen Abwechslung ja auch einmal, daß diese munteren Vögelchen sich selbst gegenseitig als sozialdemokratisch verfeucht beäugeln. Ist das doch vor einigen Jahren dem gegenwärtigen Herausgeber und Redakteur der „Deutschen Buchdruckerzeitung“ von den Publizisten des Arbeitgeberverbandes passiert!

Wenn die Lächerlichkeit töten würde, müßten die Urheber solch blöden und wirklich nicht auf die besten Instinkte berechneten Gewäschs längst von der Tagesordnung gestrichen sein. Daß das nicht der Fall, zeigt uns die Tiefwassermark der geistigen und moralischen Qualitäten dieser gewerblichen Brunnenvergifter und ihres Anhangs.

Unser Leser werden es verstehen, wenn wir nach Kenntnis dieser drei und vier Jahrzehnte zurückreichenden Übungen sie nicht so tragisch nehmen als der, dem solche Wühl- und Hezarbeit zum ersten Male richtig offenbar wird. Man muß schon viel von der Ruhe des Philosophen besitzen, um sich durch all diese haltlosen Deklamationen nicht zu exaltieren. Darum lassen wir sie auch meistens reden und schreiben, was sie Lust haben und was ihre niedrigen Seelen ihnen eingeben. Von Zeit zu Zeit nur, auch bei der jetzigen Hochkonjunktur im Verdächtigen und Verleumdenden, bindet man sie sich mit ihren gröblichsten Lügen vor und läßt dann bis zur nächsten Stäubung wieder eine Zeit verstreichen.

Gewiß erfüllt es mit aufrichtigem Bedauern, daß in andern Prinzipalstreifen die dunklen Machinationen und Treibereien nicht ganz ohne Wirkung geblieben sind. Aber auch dieses Abfärben ist bei unsern Prinzipalen keine neue Erscheinung, wie es denn auch den in der Buchdrucker Geschichte einigermaßen Beschlagenen nicht überascht, daß, wie seit Jahr und Tag häufiger zu beobachten, im offiziellen Prinzipalorgan wie in den oppositionellen Prinzipalblättern gegen die Gesellenchaft gar nicht so selten ähnliche und manchmal auch fast gleiche Töne erklingen. Man kann darüber im Zweifel sein, was besser und richtiger ist von unserer Seite: dagegen sofort kräftig zu remonstrieren oder in Ruhe diese Belenntnisse zu genießen und dann gelegentlich ein männlich Wort zu reden. Mit meinen, mit Nervosität und zappelndem Eifer ist uns hier nicht gekommen. Sinnlos können wir trotzdem nicht groß etwas daran ändern, denn die Gedanken-, Meinungs- und Redefreiheit befindet sich nicht in Erbpacht der Arbeiter allein, und zum ändern — und das bitten wir sehr zu beachten — würde, wenn diese Geschülze zum Schweigen gebracht wären, für uns der, nun sagen-

Vor zweiunddreißig Jahren.

Was vergangen, kehrt nicht wieder; über ging es leuchtend nieder, Leuchter's lange noch zurück!

Der Zeitraum eines Menschenalters liegt zwischen der diesmaligen Generalversammlung unserer Organisation in Hannover und jener ihrer Vorgängerinnen, die im Jahre 1879 in der Zeit vom 2. bis 5. September in der schönen Leinestadt tagte.

Oben so wie heute waren die Verhältnisse Ausgangspunkt der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts dazu angetan, das Interesse der Verbandsmitglieder auf die Beratungen in Hannover zu konzentrieren. Wohl Tausende von organisierten Kollegen richteten im Jahre 1879 ihre Blicke auf die erste Generalversammlung des damaligen Unterstützungsvereins in der Hoffnung, daß günstige Beschlüsse für Verbesserung und weiteren Ausbau der Unterstützungs-einrichtungen ihnen die Wechselfälle des Lebens erträglich gestalten möchten. Und 1911? Nach Zehntausenden zählern heute die Mitglieder des Verbandes, deren noch viel weitergehenden Wünschen die bevorstehende Hannoverische Generalversammlung nach Möglichkeit Rechnung tragen soll. Ob es ihr gelingen wird? — Hoffen wir das Beste.

Vielleicht ist es von Nutzen, gerade zum jetzigen Zeitpunkt an der Hand der 1879er Tagung einige Erinnerungen aufzufrischen, um dadurch die heutige Generation zum Nachdenken anzuregen über das historische Werden und Wirken unserer Berufsorganisation. Das organisch Gewordene hat seine Fähigkeit und Lebenskraft gerade an unserm Verbande bewiesen. „Bewegen wir uns ausschließlich auf praktischem Gebiete. Dieser Weg ist allerdings oft ein sehr langer und beschwerlicher, aber er führt sicher zum Ziele.“ Das waren die Worte, mit denen Richard Härtel am 20. Mai 1866, dem Gründungs-tag unser Verbandes, seine Rede schloß, in welcher er das Programm der Organisation entwickelt hatte, wodurch es ihr ermöglicht werden sollte, unter Anpassung an die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse soziale Arbeit zu leisten.

Eine jahrzehntelange Entwicklung konsequenter Tätigkeit aber war erforderlich, um über Stürme und Wetter hinweg den Verband der Kollegenchaft dienstbar zu erhalten, um jenes feste Bollwerk erstehen zu lassen, das heute 93 Br. aller in Deutschland vorhandenen Buchdrucker-Gesellen sicheren Schutz gewährt. Wie die Beständigkeit im sozialen Leben einen Hauptfaktor aller Kultur und wahren Fortschritts darstellt, so muß auch in einer Organisation von der Bedeutung und Größe der unfrigen alles Neue irgendwie an das Alte anknüpfen. Vergangenheit und Gegenwart müssen ineinanderfließen und das Gewordene darf nicht der Zerstörung anheimfallen, ohne daß das Haltbare und Wertvolle der neuen Form zugeführt worden ist.

Nach der am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen erfolgten Annahme des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ brachen schlimme Zeiten ärgster Bedrängnis über die deutsche Arbeiterbewegung herein. Nicht nur die sozialdemokratischen Organisationen verfielen der Auflösung, sondern auch die meisten gewerkschaftlichen Verbände samt ihren Organen. Blätter und Schriften, die sich mit der Arbeiterbewegung befaßten, wurden einfach verboten. Einer Anzahl Berliner Prinzipalen, die den Deutschen Buchdruckerverband als „im höchsten Grade staatsgefährlich“ denunziert hatte, war es zuzuschreiben, daß auch über unser Organisation eine Zeitlang das Damoklesschwert der Auflösung schwebte. Bei einer gegen Richard Härtel und den Verbandsauschuß in Stuttgart eingeleiteten hochnotpeinlichen Untersuchung wurde indes nichts Belästigendes entdeckt. Um jedoch weiteren Schereisen mit den Behörden vorzubeugen, und in Rücksicht auf die unsicheren wirtschaftspolitischen Verhältnisse der damaligen Zeit wurde das Gesamtvermögen des Verbandes bei sicheren schweizerischen Banken niedergelegt. Nachdem sich im November 1878 der Verband formell aufgelöst hatte, konstituierte sich im gleichen Monat in Leipzig der Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker, als dessen Vorsitzender Richard Härtel gewählt wurde. Der Sitz des Ausschusses befand sich in Stuttgart.

Wie angebracht die Vorsichtsmahregeln der Verbandsleitung gewesen waren, sollte sich bald zeigen. Trotzdem die polizeilichen Untersuchungen über die politische Betätigung unserer Organisation nichts zutage gefördert hatten, auf Grund dessen sich ein Einleitern gegen sie nach dem Sozialistengesetze hätte rechtfertigen lassen, erfolgte Anfang März 1879 dennoch ihre nachträgliche behördliche Auflösung. Weil sich der Verband mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigte, wurde seine Auflösung nach den Bestimmungen des schäßlichen Vereinsgesetzes verfügt. Aus den gleichen Gründen lehnte die sächsische Regierung auch die Eintragung des Unterstützungsvereins ab. War dadurch vorläufig jede zentrale Organisationsform als aufgehoben zu betrachten, so blieb der Organisationsgedanke selbst doch lebendig.

Wenige Tage nach der Auflösung durch Regierungs-gewalt wurde, da von den dortigen Behörden Schwierigkeiten nicht zu befürchten waren, der Sitz des Unterstützungsvereins nach Stuttgart verlegt, wo ja der Ausschuss bereits seinen Sitz hatte. Die bisherigen Mitglieder des Ausschusses übernahmen nunmehr auch die Leitung des Gesamtvereins. Den Vorsitz führte Johannes Diboldy, der schon im Jahre 1863 im Leipziger Vereine den Antrag auf Einberufung eines Buchdruckerkongresses gestellt hatte, um zur Gründung einer Organisation Stellung nehmen zu können. Die Kassengeschäfte verwalte Franz Sulz. Der Beitrag (10 Pf. für die allgemeine Klasse und 25 Pf. für die Reiseklasse) bewegte sich auf bescheidener Höhe. Außerdem wurde zu der 1868 gegründeten Zentralinoaklidentasse, die nach über zehnjähriger Fondsanammlung 1880 in Kraft trat, ein Wochenbeitrag von 15 Pf. erhoben.

Aus der Abrechnung über das erste Geschäftsjahr 1879 erfahren wir, daß der Unterstützungsverein über ein Vermögen von 197064,75 Mk. verfügte, das sich wie folgt zusammensetzte: Allgemeine Klasse 77621,37 Mk., Reiseklasse 41815,70 Mk., Zentralinoaklidentasse 77627,68 Mk.

Der „Korrespondent“ widmete der 1879er Generalversammlung in Hannover einen Begrüßungsartikel, in dem es nach Würdigung der 13jährigen Arbeit der

wir einmal unzutreffenderweise, Vorteil entfallen, erfahren zu können, wohin die Fahrt eigentlich geht. Wollte man auf all und jedes, was von der andern Seite alles vorgebracht wird, immer mit der von diesen gewünschten Schnelligkeit und Schärfe vorgehen, würde man oft die eignen Batterien demaskieren müssen, denn mit dem Drumrumreden ist es nicht lediglich getan.

Wenn wir, zwei bestimmte Sachen uns für die nächste Nummer im volkswirtschaftlichen Teile vorbehalten, daher nur auf einige Vorgänge vorleuchten werfen, und zwar, was an Animositäten von allen Seiten auf uns hereindrängt, so wird man uns wohl verstehen und vor allem mit uns darin übereinstimmen, daß wir der neusten, Broschüre des Arbeitgeberverbandes die denkbar richtigste Würdigung zuteil werden lassen, nämlich durch Übergang zur Tagesordnung. Die Tarifgemeinschaft steht uns viel zu hoch, als daß wir sie gegen diesen unsäglichen Schmutz verwahren müßten. Der Deutsche Buchdruckerverein ist selber Manns genug, sich gegen die im wahren Rivalenstil geschriebenen Verunglimpferungen zur Wehr zu setzen. Übrigens können die Prinzipale, die mit mehr oder weniger Kurzsichtigkeit in dieser oder jener Beziehung, meistens aber in bezug auf die Gehilfenschaft den Arbeitgeberverbandsmännern sekundieren, sehen, wohin sie auf dieser schiefen Ebene geraten, die so schön glatt ist. Der von der „Deutschen Buchdruckerzeitung“ neuerdings verübte Trick, den Prinzipalverein als vertragsbrüchig dem Zeitungsverlegerverein gegenüber zu erklären und so beide Organisationen gegeneinander auszuspielen, sollte doch endlich zeigen, daß trotz gemachter Konzessionen an die Scharmacher diese nie befriedigt und Vernunft annehmen werden. Das sei auch der „Zeitschrift“ bedeutet, die durch eigene oder eingesandte Artikel in letzter Zeit des öftern den Beifall der Mädelereute gefunden hat. Wir jedoch können es Genüge sein lassen mit den paar gebrachten Zitierungen in andern Artikeln, unter denen uns die zutreffende Tagierung des Gutenbergbundes und seiner phantastischen Zukunftssträume — sozusagen am bedeutendsten ersicht: „Sonne“ aber wollen“ und „König“ will dein ins Menschliche übertragen“ etc. — die Angelegenheit dieser Kläffer gegen den Verband freien Lauf lassen.

Das Reichsgerichtsurteil vom 22. März d. J., wonach unter Bestätigung der Entscheidungen des Land- und des Kammergerichts zu Berlin der bekannte Zillesen-Prozess gegen unsre Tarifgemeinschaft in seinem Vorstadium dahin erledigt ist, daß die Tarifgemeinschaft als ein nicht rechtsfähiger Verein,

der verklagt werden kann, ohne selbst Klagen zu können, anerkannt wurde, hat natürlich alle Scharmacherherzen höher schlagen lassen. Was für den Laienverstand überhaupt nicht denkbar ist, nämlich jemand für beklagbar zu erklären, ohne ihm gleichzeitig auch das Klagerrecht zuzugestehen, findet ihren vollsten Beifall. Wie immer die Ungleichheit ihr Prinzip ist, so heben sie auch hier die Rechtsungleichheit auf den Schild. Wie nun die „Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ sich über den fetten Bissen hermachen und welche Möglichkeiten gegen alle tief gehafteten Tarifgemeinschaften sie triumphierend ausmalen, läßt die Annahme berechtigt erscheinen, daß dieser Prozess überhaupt ein Werk der obersten Scharmacherzentrale ist. Der Unterschied zwischen den „Blattkisten“ von einst und jetzt besteht nicht in der größeren Anhängerschaft, nicht in einer gesteigerten Durchschlagskraft ihrer vorgeschützten Argumente, sondern in ihren Hintermännern, als welche das stramm organisierte Scharmachertum in der Großindustrie anzuspüren ist. Da befinden wir uns gegen früher allerdings wesentlich im Nachteile. Die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ mußte ihre dann und wann noch geäußerte Tariffreundlichkeit nicht besser als in die diesmal wahre Meinung zu kleiden: „Endlich ist der Weg freigegeben worden, um auf gerichtlichem Wege gegen die Willkürherrschaft und das Faustrecht in unserm Gewerbe angehen zu können. . . Die Selbstherrlichkeit des Tarifamts dürfte ihr Ende erreicht haben.“ Daß die wahren Anhänger und Prediger der „Willkürherrschaft und des Faustrechts in unserm Gewerbe“ die Haupteigenchaft des Tarifamts so entstellen, ist bezeichnend für den Tiefstand ihrer Denkart und Handlungsweise. Hoffentlich täuschen sie sich aber doch in der Endwirkung dieses unverständlichen Gerichtskenntnisses, das allen Desperados und Schlachtenbummlern einen förmlichen Freibrief ausstellt.

Daß die zur Rosenthalerin in Liebe entbrannten Pappenheimer selbst die ärgsten Schauererzählungen erfinden, um der Tarifgemeinschaft durch elendes Verdächtigen zu schaden, davon könnte man erst vor kurzem wieder in dem B. sehen Blatt eine Probe finden. Zogendein kleiner Herrmannsch in irgendeinem kleineren Druckorte hat nämlich herausgebracht, daß ein an seine Segmaschine gestellter Mechaniker sich ganz gut eingearbeitet hätte und, was freilich nicht gesagt wird, eine billigere Arbeitskraft ist. Um den Übergang zum Mechaniker nun plausibler zu machen — diese Herren wollen ja trotzdem und allemal auf dem Boden des Tarifs

stehen —, erfand der Pfiffikus die Mär, der eine Seger habe ihn trotz „auskömmlichen“ Lohns nach längerem Konditionieren verlassen und dabei die Drohung ausgesprochen, er werde schon dafür sorgen, daß er (der Prinzipal) keine Leute wieder erhalte. Und richtig, der Gute bekam auch keinen Gehilfen. Als die über ihn verhängte „Achterklärung“ ein volles Jahr gedauert habe, sei ihm der rettende Gedanke mit dem Mechaniker gekommen. „Im Zeichen des Tarifs“ überschreibt die „D. B.-Ztg.“ stimmungsmachend dieses traurige Nachwerk eines skrupellosen Arbeitgeberverbändlers. Wenn diese Verleumder der Gehilfenschaft nur einmal mit ihrem Namen und den Personalien eines solchen Allersweltsboykotteurs herausrücken wollten, damit ihrem Schwindel beizukommen wäre! Ihre Methode, die Gehilfen zu verächtigen und dabei die Tarifgemeinschaft zu vereteln, ist zu durchsichtig.

In der „Zeitschrift“ hat in den letzten Tagen einer von dieser Gattung eine verdiente Sektion erhalten. Diesem Opponenten hat es der Preistarif angetan, aber er geht, weil es ja ein Aufwaschen ist, allsogleich auch mit eingelegerter Lanze gegen den Lohntarif vor, nennt ihn eine zweite Zwangsjacke, ein starres Gesetz, wie es kein andres gibt, und entladet sich noch gehörig gegen die Redaktion der „Zeitschrift“, mit dem allgemeinen Warnungsrufer schließend: „Es weht heute ein anderer Wind!“ In diesem Falle verdient die Haltung der „Zeitschrift“ auch unsre Anerkennung. Den Artikelschreiber nennt sie schlanke einen Mußpreuken in der Tarifgemeinschaft. Dann wird ihm bedeutet, wer ein Urteil über den Lohntarif fällen wolle, müsse sich fragen, ob sie dem Gesamtgewerbe schädlich war oder ist. Man müsse sich auch vergegenwärtigen, welche Verhältnisse heute etwa herrschen würden, wenn die tarifslose Zeit jetzt noch nicht beendet wäre. Die Gehilfenorganisation — die Anwendung des Singulars ist gleichsagend mit Ausschaltung des Gutenbergbundes — wäre auch ohne Tarifgemeinschaft erstarkt, wenn auch nicht in derselben Weise. Und ohne die erzieherische Wirkung des Tarifvertrags würde sie auf radikalere Wege wandeln — der Hieb geht nach der Richtung Zillesen und Konforten —; wenn jemand den Lohntarif also eine Zwangsjacke nenne, dann sei das entweder ein kleingeistiges Urteil oder es verberge sich dahinter ein innerer Widerwille gegen die bestehenden Verhältnisse. Das ist so verständlich gesprochen, wie man es immer in der „Zeitschrift“ finden möchte. Aber, aber, es geht eben beim Prinzipalsorgane seit Monaten nach dem Sprichworte, daß Abwechslung ergötzt.

Organisation u. a. heißt: „Der Haupterfolg dürfte wohl darin bestehen, daß Prinzipal- wie Gehilfenvereine ihre frühere Spitzmarke: Kampfgemeinschaft, in eine mehr den Interessen des Gewerbes entsprechende umgewandelt haben. Die Erfahrung ist auch hier der Lehmeister geworden, man hat einsehen gelernt, daß Krieg in verhältnismäßig kurzer Zeit mehr zerstört, als in langen Jahren aufgebaut werden kann. Leider ist es bis zum heutigen Tage nicht möglich gewesen, diese Erfahrung weiter auszubehnten.“

Der Widerstreit der Meinungen, wie er sich innerhalb der Organisation und auch im „Korrespondent“ vor der Hannoverischen Generalversammlung im Jahre 1879 widerspiegelt, war ein so heftiger, daß man kaum auf eine Einigung rechnen durfte. Infolgedessen wurde von vornherein der Hauptwert mehr auf den persönlichen Verkehr der Delegierten untereinander als auf die eigentlichen Verhandlungen gelegt. Darauf weist auch im Protokoll ein Ausspruch des Kollegen Klapprotz hin, der als Gauvorsteher von Hannover die Verhandlungen eröffnete: „Manche ernsthafte Prinzipienfragen klären sich durch den persönlichen Austausch der Ansichten leichter als durch lange, in parlamentarische Formen gezwängte Reden.“ Gleichzeitig wurde von Weber (Hannover) am ersten Verhandlungstage mitgeteilt, „daß für den Nachmittag ein gemeinschaftlicher Spaziergang zu gegenseitigem Meinungsaustausch in Aussicht genommen sei.“

Vertreten waren 20 Gauvereine durch 30 Delegierte; außerdem waren fünf „Gäste“ aus Sachsen anwesend, die auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes keinen „ausländischen“ Vereinen angehören durften. Unter ihnen befand sich Richard Härtel. Diese „Gäste“ waren nur zum Sprechen, aber nicht zur Abstimmung berechtigt. Den politischen Vorlesungen mußte überhaupt auf jener Tagung voll Genüge geleistet werden. So stand beispielsweise der heiligen Hermaband die Entscheidung zu über die Zulässigkeit eines Antrags auf sofortige Wahl einer Diätenkommission, deren Vornahme unter einem späteren Tagesordnungspunkte vorgesehen war. Erst als

gegen diese geringfügige Verschlebung der polizeilich genehmigten Tagesordnung ein Einspruch nicht erfolgte, konnte wie beantragt verfahren werden. Der später bekanntgegebene Beschluß der Kommission setzte die Diäten der Delegierten auf 10 Mk. pro Tag fest, außerdem wurden die Fahrkosten III. Klasse entschädigt.

Die Feststellung eines Organisationsstatuts, die mit zu den Hauptaufgaben der Generalversammlung gehörte, war deshalb mit Schwierigkeiten verknüpft, weil es den Mitgliedern in den kritischen Zeitverhältnissen nicht möglich gewesen war, ihre Forderungen und Wünsche genügend zu äußern. Durch unumschränktes Vertrauen der Mitglieder jedoch zu ihren gewählten Vertretern wurde auch diese Klippe für die Organisation mit Glück beseitigt.

Der Vorsitzende Kollege Didolph wies in seinem in Hannover erstatteten Geschäftsberichte darauf hin, daß die Haupttätigkeit des Vorstandes darauf gerichtet gewesen sei, die durch die Verhältnisse gelockerten Bande wieder zu befestigen und aufrecht zu erhalten, bis es durch den Zutritt der Generalversammlung möglich werde, der Allgemeinheit eine neue Organisation und mit ihr feste Zustände zu geben. Das Hauptbestreben des Vorstandes war, das Organisationsstatut in der Weise umzuändern, daß alle Nebenzwecke daraus entfernt wurden, die nicht direkt mit dem Unterstüßungsgebiet in Verbindung standen.

Bei der Beratung und Beschlußfassung über das Organisationsstatut erstattete Kollege Sulz das grundlegende Referat. Dem § 1 wurde folgende Fassung gegeben: „Der Unterstüßungsverein Deutscher Buchdrucker hat zum Zweck die allseitige Vertretung der Interessen der Angehörigen des Buchdruckerwerbes.“ Von sonstigen Beschlüssen seien folgende erwähnt: Der Vereinsvorstand besteht aus dem Vorsitzenden und dem Kassierer des Vereins und fünf Mitgliedern. Der Vorsitzende wird von der Generalversammlung gewählt, die übrigen Mitglieder vom Vorort. Zur Unterstüßung des Vereinsvorstandes bzw. Beschlußfassung in den im Statute vorgesehenen Fällen sind die Gauvorstände verpflichtet resp. berechtigt. (Statt „Gauvorsteher“, wie es im Entwurfe

hieß, wurde „Gauvorstände“ zu sagen beschlossen.) „Um den irdlichen Verhältnissen besser Rechnung tragen zu können“, ging man dazu über, den Unterstüßungsverein in Gauvereine einzuteilen, die für sich je einen Gauvorstand von mindestens drei Mitgliedern zu wählen hatten.

Gegen einen Antrag des Kollegen Feismann (Hannover), der aus Rücksicht auf die starke Belastung der Mitglieder nur alle fünf Jahre eine Generalversammlung abgehalten wissen wollte, wendeten sich der Vorsitzende Didolph und eine Anzahl von Delegierten, unter ihnen Kollege Behmert (Berlin) in besonders energischer Weise. Während Didolph seinen ablehnenden Standpunkt damit begründete, daß in einer kürzeren Amtsperiode ein Sporn für den Vorstand liege, wies Behmert darauf hin, daß in drei Jahren so viel Verbesserungsbedürftiges sei, sich so viel Neues aus der Praxis ergebe, daß immer genug Material für die Generalversammlung vorhanden sein werde. Schließlich wurde denn auch der vorgeschlagene dreijährige Generalversammlungsperiode zugestimmt. Gauvereinen unter 200 Mitgliedern sollte das Recht auf einen Delegierten zustehen, solchen mit über 200 Mitgliedern auf zwei, mit über 400 Mitgliedern auf drei Delegierte.

Bezüglich der Protokolle der zukünftigen Generalversammlungen wurde bestimmt, daß das vom Bureau mit Unterstüßung eines Stenographen aufzunehmende ausführliche Protokoll vom Vereinsvorstande druckfertig zu machen und unter sämtliche Mitglieder unentgeltlich zu verteilen“ sei. Kollege Günzel (Gau Mittelrhein) hatte sich vergeblich gegen die Hinzuziehung von Stenographen gewandt, weil durch diese öfters den Delegierten infolge Entschlappung „geflügelter Worte“ Unannehmlichkeiten ihren Wählern gegenüber entstehen könnten.“

Eine lange und teilweise erregte Debatte rief die beabsichtigte Obligatorisierung der Zentralinvalidenkasse hervor, die durch abzuschließende Gegenseitigkeitsverträge mit schon bestehenden irdlichen Kassen erreicht werden sollte. Namentlich die Bestimmung, daß jedes Vereinsmitglied, das einer gegenseitigen Kasse nicht angehörte,

Zwei Nummern zuvor hatte die „Zeitschrift“ ebenfalls einen ganz vernünftigen offenen Brief eines Prinzipals an einen andern gebracht, worin der sachmännischen Ausbildung des Prinzipals nachdrücklich wie des Prinzipalsstandes ein kräftiges Wort geredet wird. Uns deutet, daß bei Verallgemeinerung der Anschauungen, wie sie darin von der Praxis im Maschinenfaal entwickelt werden, das Thema „Leistung und Gegenleistung“ nicht den unheimlichen Charakter angenommen hätte, wie es tatsächlich der Fall ist, weil man die Expektationen des Nichtfachmanns de Gruyter wie der Verleger überhaupt ernst genommen hat oder sich von der Scharfmacherjournaleure darüber zu viel vorzugesagen ließ.

Wie der geneigte Leser aus dem Korrespondenzteil dieser Nummer ersehen kann, hat die Handelskammer in Köln in ihrem letzten Jahresbericht den Faden von der sinkenden Arbeitsleistung der Gehilfen und den steigenden Löhnen so grob weiter gesponnen, daß die ähnlichen Verlautbarungen anderer Handelskammern dagegen verblasen. Wir lassen den bezüglichen Passus hier folgen:

Infolge des bestehenden Tarifvertrags sind Streitigkeiten mit den Arbeitnehmern nicht oder nur in vereinzelten Fällen, die schnell beigelegt werden konnten, eingetreten. Die Löhne sind aber trotz des Vertrags gestiegen, da die Arbeitnehmer in vielen Druckereien geschlossen, fast überall aber einzeln um Gewährung von Teuerungszulagen an die Druckereibesitzer herantreten und deren Wünschen, wenigstens bei solchen Arbeitern, die sich durch Tüchtigkeit und Fleiß auszeichnen oder bei denen ungünstige persönliche Verhältnisse vorlagen, Rechnung getragen werden mußte. Es muß leider festgestellt werden, daß die Arbeitsleistung der Gehilfen, soweit sie nicht Aufkorderarbeiten leisten, im allgemeinen dauernd zurückgeht, was zum Teile dem zwar gelegentlichen aber offensichtlichen Bestreben, Platz für die Arbeitslosen zu schaffen, zuzuschreiben ist. Hierdurch verteuerte sich die Herstellung der Druckmaschinen nicht unwesentlich. Da aber eine Erhöhung der Preise nicht zu erzielen war, ging das Erträgnis der Druckereien weiter zurück.

Das ist in der Tat eine starke Leistung. Wenn von uns zu diesem Kapitel nicht wirklich schon alles gesagt worden wäre in den vorjährigen Artikeln über „Leistung und Gegenleistung“ und in diesem Jahre unter der Überschrift „Die Zeitschrift macht scharf“ (auch die Protestversammlung der Leipziger Maschinenmeister — Nr. 48 d. J. — sei erwähnt) und die Kölner Kollegen nicht schon selbst dazu Stellung genommen hätten, dann würden wir unsre Feder sehr tief eintauchen müssen, um diese ganz unberechtigten, geradezu gehässigen Angriffe entsprechend zurückzuweisen. So aber sei nur auf den Widerspruch verwiesen, der in den größten Klagen über die angeblich dauernd zurückgehenden

Arbeitsleistungen und der Genugtuung, daß fast gar keine Streitigkeiten mit den Gehilfen zu verzeichnen waren, ganz offenkundig wird. Wäre die erstere Behauptung zutreffend, müßte es Differenzen gerade genug gegeben haben. Von einem „geschlossenen“ Vorgehen der Kölner Gehilfen zur Erlangung von Teuerungszulagen kann auch keine Rede sein, man müßte sonst auch „höheren Orts“ etwas davon wissen; wohl aber weiß man allgemein in der Kollegenchaft von einem geschlossenen Vorgehen der dortigen Prinzipale — wir besitzen das betreffende Zirkular, haben es aber im vergangenen Jahre nicht ganz im Wortlaute gebracht —, daß keine Zulagen gewährt und Einstellungen nur im äußersten Falle zu überminimaler Bezahlung erfolgen sollen. Umgekehrt wird also auch hier ein Schuß daraus! Zwei Momente geben aber hierbei zu ersten Bedenken Anlaß: Die Jahresberichte der Handelskammern setzen sich aus Einzelberichten aus den verschiedenen Gewerben zusammen, also müssen die unter Kritik stehenden Auslassungen der Kölner Handelskammer von einem oder mehreren Prinzipalen stammen, und da der Vorsitzende genannter Kammer obendrein ein Buchdruckereibesitzer ist, müssen sie doch wohl dessen Platz erhalten haben. Daraus folgt, daß in der rheinischen Metropole nicht das Bestreben herrscht, Unstimmigkeiten mit der Gehilfenchaft zu vermeiden. Ist dem aber so, dann wundert man sich auch nicht, wenn von Gehilfen darauf die richtige Antwort erfolgt. Sie wird nie ausbleiben, wenn nicht derartige Angriffe unterbleiben.

Auch von anderer Seite hat man sich vor etlichen Wochen an den Buchdruckern gerieben. In der Versammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins stand ein Antrag auf Schaffung einer Montagsausgabe des „Vorwärts“ zur Beratung. Einer unsrer Berliner Kollegen sprach dafür und kritisierte, daß die Kosten für eine solche Ausgabe zu hoch angelegt seien, um die Herausgabe einer Montagsausgabe zu vermeiden. Das rief Richard Fischer auf den Plan und er kreuzte wegen der Angriffe auf die Geschäftsleitung des „Vorwärts“, in betreff dieser ihrer Berechnungen mit ihm die Klänge. So weit geht uns die Ehre gar nichts an. Aber Richard Fischer, der vor Wochen im Reichstage die Tätigkeit der Gewerkschaften zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse eingeschätzt hatte, verliert jedesmal das seelische Gleichgewicht, wenn irgendwie die Buchdrucker in Frage kommen. Als ehemaliger Kunstgenosse hat sich bei ihm in dieser Beziehung eine seltsamliche Wandlung vollzogen. Und so tanzelte er auch

bei dieser Gelegenheit uns arme geplagte Menschenkinder mit der an ihm gewohnten Derbheit ab: „Es sei zu bedauern, daß sich die Buchdrucker, verführt durch die höhere Bezahlung der Sonntagsarbeit, dazu bereit erklärt haben, den Zeitungen Sonntagsarbeit zu leisten. Aber wir als Sozialdemokraten müßten uns gegen die Sonntagsarbeit wehren, solange wir können.“ Wo auch hier sind die Buchdrucker das Karnickel! Fischer haut aber daneben. Die Buchdrucker haben sich nicht durch die höhere Bezahlung verführen lassen, Sonntagsarbeit zu leisten, sondern sie mußten hier eben der Zeit eine Konzession machen. In allen Variationen und von den unterschiedlichsten Seiten sind wir schon mit Vorwürfen bedacht worden, den Fortschritt aufzuhalten. Technisch und auch sonst. In technischer Beziehung haben sich, wie erinnerlich sein dürfte, früher einige sozialdemokratische Geschäftsleitungen nicht geschert, uns Vorhaltungen zu machen, daß ungelernete Arbeiter nicht als Rotationsmaschinenmeister fungieren dürfen. In einer Stadt an der Wasserfront setzte es deswegen sogar einen tüchtigen Krach. Ja, und sonst sind wir auch noch Zünftler, vom Raftengeiste stark befangene Arbeiter. Unsrer Arbeitgeberverbände erzählen das heute jedem auf der Straße. In Wirklichkeit ist es aber etwas ganz anderes um unser Zünftertum. Wenn nun die Buchdrucker, die Ende der sechziger Jahre schon den Kampf gegen die Sonntagsarbeit aufnahmen und erfolgreich dabei waren, sich vor Jahren gegen die von den Behörden gestattete Herstellung von in der Sonntagsnacht herzustellenden Montagszeitungen der großen Blätter — und nur solche kommen hierbei in Betracht — nicht auflehnten, so trugen sie wohl oder übel dem Umstand Rechnung, daß im Auslande (selbst in England mit seiner strengen Sonntagsruhe) die großen Tageszeitungen längst Montagsausgaben hatten. Das wäre ein schönes Gallo gewesen, wenn die Buchdruckergehilfen in Deutschland da sich auf den abtorendenden Standpunkt gestellt haben würden. Man muß doch bedenken, daß unser Beruf, soweit das Zeitungswesen in Betracht kommt, hier mit dem öffentlichen Verkehr so ziemlich auf eine Stufe zu stellen ist. Wir fanden diese Ansicht dieser Tage schon in den alten Jahrgängen des „Korr.“, obwohl damals die Entwicklung nicht so weit gediehen war, daß man an Montagszeitungen dachte. Man rechnete also damals bereits mit Konzessionen in dieser Beziehung, wo doch die wirkliche Sonntagsarbeit noch gar nicht so lange erst beseitigt war. Es handelt sich ja auch gar

(Fortsetzung in der Beilage.)

der Vereinsinvalidentasse beitreten mußte, stieß auf heftigen Widerspruch. Besonders von Berlin und Breslau wurde behauptet, daß der Abschluß des verlangten Gegenseitigkeitsvertrags für die nächste Zeit nicht möglich sei. Andre Delegierte stellten den Antrag, daß die Zugehörigkeit zu einer Invalidentasse überhaupt die Mitglieder von der Vereinsinvalidentasse entbinden solle. Kollege Jung (Berlin) erklärte, die Mitglieder des Berliner Vereins würden unter keinen Umständen alle der Vereinsinvalidentasse beitreten. Sie schieben lieber aus dem Unterstützungverein aus, weil die Berliner Invalidentasse ihnen mehr biete.

Durch die vom Unterstützungverein auf seiner 1879er Generalversammlung angeforderte Ordnung und Einheitlichkeit im Kassee- und Unterstützungsweise sollte vor allem ein Schutz der Mitglieder gegen Zwang und Rechtslosmachung erreicht werden. Mit Nachdruck traten besonders die Kollegen Sulz, Didolph, Heydeck, Heismann, Klapproth, Krafemann und Härtel dafür ein. Ihnen war es zu verhanden, daß der obligatorische Beitritt zur Zentralinvalidentasse für alle Mitglieder, die einer gegenseitigen Invalidentasse nicht angehörten, schließlich doch zum Beschluß erhoben ward. Bei der Schlussabstimmung wurde das neue Organisationsstatut mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Hierauf trat die Generalversammlung in die Beratung des Reglements für die Unterstützungs-kassen ein. Die Debatte über die Arbeitslosenunterstützung war eine sehr umfangreiche. Für diesen neuen Unterstützungsweig sprachen die Kollegen Sulz (als Referent), Struck, Urndts, Werner, Penndorf, Günzel, Lehmert, Hamburg, Franke; dagegen Loose, Heismann, Reinfte, Bröbchen, während Waltherr an der Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung zweifelte, ohne ein Gegen davon zu sein. Mit 26 gegen 4 Stimmen wurde die Arbeitslosenunterstützung angenommen. Bezüglich der Reiseunterstützung beschloß man, 280 Tage lang Unterstützung zu zahlen (vom 1. November ab wurde das Tagegeld vom Vorstand auf 75 Pf. resp. 1 Mk. festgesetzt). Beide Kassenzweige

wurden dem Ressort eines anzustellenden Hauptverwalters zugeteilt.

Die Errichtung einer Zentralinvalidentasse mußte eine Zurückstellung erfahren, da es verschiedenen Kassen durch die Befehdung unmöglich gemacht war, mit einander in Gesehtheitigkeit treten zu können. Außerdem bildete das Hilfsstatutgesetz ein weiteres Hindernis. Eine Kommission wurde zur weiteren Bearbeitung der Frage eingesetzt.

Aus der Diskussion des Punktes „Korrespondent“ ist bemerkenswert, daß bereits 1879 vom Kollegen Jung namens des Berliner Vereins der Antrag gestellt wurde, den „Korrespondent“ obligatorisch einzuführen. Die Berliner Kollegen, so führte ihr Vertreter u. a. aus, hielten die obligatorische Einführung des Verbandsorgans für das richtige Mittel, die Mitglieder mehr für den Verein zu interessieren. Fast einstimmig stehete der Berliner Verein hinter der Forderung. Die von anderen Rednern dagegen ins Feld geführten Schwierigkeiten der Durchführung und der Umstand, daß niemand gezwungen werden könne, den „Korrespondent“ zu lesen, hatten die Zurückziehung des Antrags zur Folge.

Die Wahl des Orts der nächsten Generalversammlung fiel auf Stuttgart, wo auch der Sitz des Vereins verblieb.

Als Vorsitzender wurde Johannes Didolph bestätigt. Der bisherige langjährige Verbandspräsident Richard Härtel war bereits 1878 als Redakteur des „Korrespondent“ angestellt worden.) Aus den später vom Ortsverein Stuttgart vorgenommenen Ergänzungswahlen zum Vorstande gingen als gewählt hervor: Fr. Fiß als Kassierer; Fr. Urndts als Schriftführer (zugleich Hauptverwalter); F. Sulz, J. Keiser, R. Waiker und J. Suober als Beisitzer.

Der Beitrag wurde vom 1. Oktober 1879 ab auf wöchentlich 40 Pf. festgesetzt.

Damit war die Tagesordnung dieser bedeutungsvollen Generalversammlung erschöpft. Das Vertrauen der Mitglieder zur Vereinsleitung war voll gerechtfertigt worden.

Deshalb konnte der Vorsitzende Didolph feststellen: „Wir können mit Genugtuung sagen, daß es unsern Bemühungen vollständig gelungen ist, das angestrebte Ziel zu erreichen. Gehen wir nur auf diesem Wege fort, so werden uns unsre Nachkommen noch ein segnendes Andenken bewahren!“

Ein neuer Grund und Boden war gelegt, auf dem sich die Wirksamkeit der Organisation nach den Tagen der Bedrängnis und des Zweifels aufs neue entfalten konnte. Die Gestaltung der inneren Organisationsform unsres Verbandes und seiner vorbildlich ausgebauten Unterstützungseinrichtungen geht im wesentlichen auf jene 1879er Tagung in Hannover zurück. Viele von denjenigen Kollegen, denen es vergönnt war, als Delegierte zur ersten Generalversammlung des Unterstützungsbereichs Deutscher Buchdrucker in Hannover mit Hand ans Werk zu legen, schlummern längst unter dem grünen Rasen. Nur zwei von den damaligen Delegierten, die Kollegen Klapproth (Hannover) und Heismann (Eisenburg) sind heute noch aktiv tätig im Dienste der Gesamtkollegenchaft.

Möge es auch der diesjährigen Generalversammlung gelingen, ebenso erspriehliche, segensreich fortwirkende Organisationsarbeit zu verrichten, wie das ihrer Hannoverischen Vorgängerin in erster Zeit beschieden war. Das ist unsrer aufrichtiger Wunsch für die Tagung unsres Verbandesparlamentes. Angesichts der ungleich schwierigen Aufgaben, die diesmal ihrer Erledigung harren, ist er gewiß berechtigt.

Schon viele Jahre sind dahin gegangen Seit jener Tat, die Männer einst vollbrachten; Es lebt ihr Werk und blühend es gedeiht. Gewaltige Stämme zwar mit Macht umstoszen Das stolze Werk, das festgewurzelt steht; Die Felsheit und die glühende Liebe Sie lüften oft auf heuchlerische Wegen Mit Gift dem Werk Verwundung zu verschaffen. Doch nichts gelang, es zu verderben. Denn Wahrheit, Recht und Menschlichkeit Steht als Barocke galten im Verbanne. — O blüht es herrlich, wachst es gedeiht Durch Menschlichkeit, hohen Geist und Würde, Ein stolzes Denkmal hehrer Arbeitstraft!

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 13. Mai 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 54.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

nicht um eine Arbeit am Sonntage, sondern in der Nacht zum Montag, und diese ist auch noch tariflich auf drei Stunden beschränkt und mit einem angemessenen hohen Aufschlage belegt, so daß kleinere Blätter schon wegen der Herstellungskosten von Montagszeitungen Abstand nehmen. Außerdem wechselt ja auch das Personal in der sogenannten Sonntagarbeit turnusmäßig ab. Als vor jetzt sieben Jahren Eduard Bernstein mit einer Montagszeitung („Das Neue Montagsblatt“) auf den Plan trat, fiel man in der gleichen Weise von derselben Seite über uns Buchdrucker her. Damals war es die „Münchener Post“, die den allgemeinen Sturm gegen Bernsteins Unternehmen auch mit Rücksichten auf die Buchdrucker begründete. Und es war ein in unsern gewerblichen Verhältnissen und ihrer Entwicklung recht beschlagener Artikelschreiber — „ein bekanntes Mitglied der Reichstagsfraktion“ —, daß da für uns auf die Schanzen kletterte. Aber wie der „Korr.“ sich vor sieben Jahren nicht durch dieses Wohlwollen täuschen ließ, so können wir es jetzt auch nicht, müssen vielmehr gegen Fischers Unterstellung, die Buchdrucker hätten sich zur Sonntagarbeit in Hinblick auf den schönen Mammon verführen lassen, mit aller Entschiedenheit protestieren. Fischer mag sich nach andern Gründen umsehen, wenn er vom „Vorwärts“ eine Montagsausgabe fernhalten will. Der „Vorwärts“ durchlöchert ja selbst alljährlich das von Fischer verkochene Prinzip, in dem er am Abend resp. in der Nacht vom 1. Mai, dem Festtage der Arbeit, eine Sonderausgabe herstellen läßt. Wir stehen heute noch auf dem gleichen Standpunkte, den der „Korr.“ in Nr. 57 von 1904 vertrat: „Ein Prinzip, daß die 36stündige Ruhezeit unbedingt auf die Zeit vom Sonnabendabend 6 Uhr bis Montagmorgen 6 Uhr fallen müsse, ist in unserm Wirtschaftsleben weder aufzustellen noch durchzuführen.“

Am 27. und 28. Mai findet in Hamburg die Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins statt, also fast im Anschluß an unsere General-



Es legte ein Sämann mit liebender Hand
In stürmender, drängender Zeit
Ein Samenkorner sorgsam hinein in das Land,
Bedacht, daß sein Werk auch gedeih';
Und unter der Fülle, in schweigendem Chor,
Da lebt es, da weht es und schafft,
Da drängt es plötzlich zum Lichte empor
Mit nimmer versiegender Kraft.

So sproßten die Keime denn äppig und flugs,
Ein Pflänzlein draus ward über Nacht,
Das balde zum stattlichen Baume dann wuchs,
Von schühender Hand wohl bedacht;
Denn Welter und finsterner Mächte Gewalt,
Die immer dem Guten ein Feind,
Bedrohten in seinem Bestehen ihn bald,
Zu seinem Verderben geeint.

Gleich zahllosen Armen, den Boden entlang,
Hat er seine Wurzeln gefandt;
Ein rasten die Stürme mit heulendem Klang,
Doch furchtlos hielt er ihnen stand;
Nur frischer entsproßten dem knorrigen Baum
Und kräftiger noch als zuvor
Die Zweige, und kühn in den lustigen Raum
Streckt er seine Krone empor.

Und immer aufs neu den belebenden Saft
Führt Zweigen und Blättern er zu,
Und sonder Ermüden, stets raslos er schafft,
Ein Leben und Weben, ohn' Ruh;
Stets mächtiger dehnt seine Zweige er aus,
Bist labenden Schatten und bot
Ziel Laufenden freudig ein gastliches Haus,
Die Kummer bedrückt und Not.

So schaut ihr ihn nun zum Hantoovertag
Aufs neue in prangendem Grün,
Und wenn auch so mancher im Kampfe erlag,
Das Werk seh'n wir weiter erblüh'n;
Es bleiben die Glieder zu jeder Zeit treu
Dem Allen mit Herz und mit Hand;
Das wollen auch schweben wir jetzt ihm aufs neu
Dem herrlichen Baum — dem Verband!



versammlung. Die „Zeitschrift“ hat schon vor fünf Wochen unserer Generalversammlung einen Artikel gewidmet, der die bedenkliche Überschrift „Auf bedenklichem Wege“ hat und voller Bedenklichkeiten ist über einige für Hannover gestellte Anträge betreffs der Form der Annahme des neuen Tarifs auf unsrer Seite. Auch sonst hat man in unsern Generalversammlungsanträgen noch Bedenklichkeiten gefunden. Wir können dem Prinzipalsblatt auf diesem Wege nicht folgen, denn die Anträge zur Prinzipalsversammlung werden nicht veröffentlicht, oder sind es wenigstens bis jetzt nicht. Es ließe sich dann vielleicht auch über bedenkliche Wege artikulieren, obwohl wir den Zweck dieser Übung nicht recht einzusehen vermögen, da doch wohl auf beiden Seiten auch so der goldene Mittelweg gefunden werden und die Erfahrung auf beiden Tagungen Lehrmeisterin sein wird.

Auch in Hamburg dürfte sich das Hauptinteresse auf die großen gewerbepolitischen Fragen konzentrieren, als da sind: Endgültige Stellungnahme zur Revision des Lohn tariffs und des Hilfsarbeiter tariffs sowie definitive Beschlußfassung über den Druckpreisetarif. Der letztere hat jetzt eine quasi organisierte Opposition auf die Beine gebracht, die nicht im Arbeitgeberverbande wurzelt. Welche Unstimmigkeiten sonst dafür bewegend gewesen sein mögen, entzieht sich teils unsrer Kenntnis, oder es geht uns nichts an. Ist es allein die Gegensätzlichkeit zwischen Großstadt und Provinz, so sind wir denn doch der Ansicht, daß diese nicht so weit getrieben werden dürfen. Wenn man weiß, daß Ende der siebziger Jahre vorigen Jahrhunderts die Klagen über unlautere Konkurrenz und die dadurch geschaffenen Zustände geradezu trostlos erklagen und man ferner weiß, daß es seither nicht viel besser geworden ist, so muß doch endlich einmal etwas Durchgreifendes geschehen. Da darf nicht auf das Geschrei derjenigen Rücksicht genommen werden, die wie ihre Vorgänger jetzt auch nicht für die gewerbliche Ordnung zu haben sind. Sie fürchten aus guten Gründen den Druckpreisetarif, weil er ein

Klemmergeist.

Von Jakob Fugghaber.

II.

Willst du, mein Freund, so laß uns nun hinabsteigen in die Stadt, ehe die Nacht hereinbricht. Dann will ich unterwegs das zweite Bündel öffnen.

Ich habe dir die Freude am Geld verderben wollen und säule mich nun schuldig, dir andere, bessere Werte zu zeigen.

Hier sind sie: Zeit — und ein Stückchen fruchtbarer Erde! Zeit, die uns selbst gehört.

Uns fehlt auch nicht das hübsche Kleid,
Um so glücklich zu sein, wie die Vögel sind;
Uns fehlt nur eine Kleinigkeit:

Nur Zeit!

singt der Dichter. Aber: „Time is money!“ Zeit ist Geld! ruft der Klemmergeist. Und hat damit doch nicht ganz recht. Man muß sagen: Geld ist Zeit! Und „Zeit“ betonen.

Alles Kapital ist verfallener Extrakt aus Arbeitsstunden. Wenn nun auch ein Arbeiter 60 oder 80 Pfennig oder gar eine Mark für die Arbeitsstunde bezahlt erhält, so ist das doch keineswegs der Wert, der ihm eigentlich rechtens zukäme; selbst wenn man den Unterhalt für die Kinder und für krante, arbeitsunfähige Menschen auf diese seine Stunden umlegt.

Ein ganz erkleckliches Heer von arbeitsfähigen aber unproduktiven Menschen saugt an dem Ertrag aus der Arbeitszeit; Menschen, die durch Zufall oder Unbillig oder sonstwie in den Besitz von Kapital gelangt sind, dieses nun als angeblich notwendiges Betriebskapital der Industrie zur Verfügung stellen und dafür Zins verlangen. Für diese Drohnen muß der Arbeitsmensch einen ganz wesentlichen Prosentheil seiner Zeit vergeben.

Ich sagte eben, angeblich notwendiges Betriebskapital. In Wirklichkeit ist es das gar nicht zur Schaffung kultureller Güter. Notwendig sind allein Menschen, die Nahrung haben. Und diese kommt aus der Erde. Der natürliche Mensch hat als Gottesgabe einen unstillbaren Beschäftigungstrieb in sich. Sperre ein Kind ein und

gib ihm Nahrung und Licht, aber keinerlei Gelegenheit zum Spiel; es wird bald verblödet sein. So der Mensch, wenn er ohne Arbeit sein müßte. Dagegen wehrt er sich und sucht sich Beschäftigung, die ihm Spiel ist. Dieser Trieb ist der Sodei, auf dem die Kulturverrichtungen, die Technik und ihre Entwicklung, aufgebaut sind. Die Arbeit, auf ihre Natürlichkeit zurückgeführt, ist ein Spiel dem, der sie verrichtet. Der Klemmergeist und das Geld aber haben sie zu dem gemacht, was sie heute ist.

Doch genug von dem. Das Studium der Nationalökonomie zeigt, daß der Arbeiter — gleichviel ob Fabrikarbeiter oder Ministerialrat — etwa ein Drittel seiner Arbeitszeit dem Zins opfert, der den Tropfen in des Dienstboten Sparbuch und das ungeheure Vermögen des Kapitalrentniers bildet.

Und wenn man genauer nachsehen wollte, käme man vielleicht zu der Entdeckung, daß ein weiteres Drittel Arbeitszeit für Kulturgüter verbraucht wird, die gar keine Güter, sondern Schädlinge des natürlichen, verfeinerten Lebens sind. Ich denke an die vielen, diesen Kleidungs- und Genußmittel, die den Körper verweichlichen, ja zerstören. Und an die Mittel, die diese Zerstörung wieder gutmachen sollen. Das sind Regionen! Und sind nicht Güter, nach denen der Mensch direkt Verlangen trägt, sondern Früchte des nach Vermehrung schreienden Kapitals.

Meist also noch das letzte Drittel Arbeitszeit für wirkliche Kulturaufgaben. Das gibt bei unserem heutigen zehnjährigen Durchschnittsarbeitstag eine erquickliche Rechnung: $6 \times 10 = 60 : 3 = 20 : 6 = 3,3$ Stunden im Tag.

Du lästst, mein Freund? Nun ja, es ist auch danach, und doch: ich würde keinen Zweig eines Naturgesehes, das uns die Konservierung der Trägheit und niederer Genußsucht erlaube. Aber ich kann mir denken, daß es eine Aufgabe des Menschengeistes ist, gesellschaftliche Entgegnungen wieder zu regulieren.

Damit komme ich nun endlich zum Praktischen. Die Verkürzung der Arbeitszeit scheint mir wertvoller als eine Lohnerhöhung. Hohe Löhne und Gehälter sind für das Proletariat nur von bedingtem Wert. Solange

es die Preissteigerung der Produkte nicht zu hindern vermag durch geschlossene Käuferorganisationen und durch Übernahme der Produktion; solange nicht die Zeit frei ist zur Bebauung eigenen Grund und Bodens, solange sind Lohnverhöhnungen wie leerlaufende Mühlen.

Unser wirtschaftliches Leben zeigt heute Ansätze, die nach dieser Richtung in absehbarer Zeit nennenswerte Fortschritte erhoffen lassen. Sind die Genossenschaften vom Klemmergeist auch noch sehr behindert in ihrer gedehnten Weiterentwicklung, so zeitigen sie doch trotzdem schon sehr große kulturelle Erfolge. Ich erinnere beispielsweise an die Hamburger „Produktion“. Sie sind jedenfalls die geeignete Form, den Sinn für Kollektivbesitz zu verbreiten. Und daß dieser Sinn recht schnell und gründlich Eingang finde in alle Kreise der Bevölkerung, und daß er sich äußere in der Förderung landerwerbender Gesellschaften auf gemeinsinniger Grundlage, das scheint mir die nächstliegende Aufgabe für Menschen zu sein, denen das Erwerben einer neuen Zeit am Herzen liegt.

Denn Mensch und Erde gehören zusammen. Nur einem Volk, das nicht in seiner Scholle wurzelt, kann soviel Unrecht widerfahren, wie es uns, dem arbeitenden Volk, widerfährt.

Jetzt nur noch ein Wort zur Verständigung über die Arbeitsstunden.

Das weiß ich, die 3,3 von vorhin sind eine Utopie. Unsere Erwartungen sind ja auch viel, viel bescheidener. Nicht einmal auf acht hoffen wir. Und doch könnte etwas geschehen, was trotz seiner Unschönheit bedeutend sein kann: Sehet zu, daß die großen Städte die englische Arbeitszeit bekommen! Wegen der teuren Wohnungen und so. Alles brängt nach einer rationelleren Zeiteinteilung. In Baden verucht man sie in den Staatswerkstätten, in Frankfurt a. M. in den Schulen. Es ist die Pflicht der Buchdrucker, hier Pionierdienste zu leisten.

Wenn wir Handwerker aber die Zeit zurückbekommen, die uns das Suchen nach Schrift und Material usw. nutzlos kostet, dann wollen wir es einstweilen gutfinden sein. Denn das ist doch das Abscheulichste im ganzen Metier. Und damit Adeu!

Gewerbegesetz gegen den unlauteren Wettbewerb darstellt. Aber, was vermögen sie denn eigentlich auszurichten? Wie die „Hilfe“ in ihrer soeben erschienenen Nummer unsern Verband als die „bestorganisierte Arbeitergewerkschaft“ feiert, der die Konkurrenzorganisation Guttenbergbund „ziemlich hilflos“ gegenübersteht, so kann wohl auch der Prinzipalsverein als bestorganisierte Unternehmergewerkschaft gelten, zu der der Arbeitgeberverband als Konkurrenzorganisation sich noch hilfloser ausnimmt. Vor lauter Rücksichtnahmen kommt man schließlich selber unter den Schritten! Wir sind im vergangenen Jahr in mehreren Artikeln ganz entschieden für den Druckpreisetarif eingetreten und halten ihn heute ebenso für ein unbedingt erforderliches zur Befundung der Preisverhältnisse. Wir wollen unser Gewerbe ertragsreicher gestalten wissen und sind daher erheblich an dem Gelingen aller darauf gerichteten Bestrebungen interessiert. Es hat zwar manchen Mißton zwischen drüben und hüben gegeben, seitdem die Tarifrevision in greifbarere Nähe gerückt ist — auch in diesem Artikel sind wir ja darauf zu sprechen gekommen —, aber in solchen Zeitläufen ist das wohl immer so gewesen, und im übrigen: was sich liebt, neckt sich. Über diese Verstimmungen hinweg haben wir aber den Blick auf die großen, die zusammenführenden Punkte zu richten, denn es ist noch inniger so bei uns gewesen, daß auch nach den heftigsten Konflikten beide Teile sich doch wieder in der Mitte auf der Brücke zur Verständigung und zum Zusammenarbeiten gefunden haben. Der Verband ist in seiner Größe und mit seinen großen Mitteln der Faktor im Gewerbe geworden, der sich weder beiseite schieben läßt noch beiseite zu schieben ist.

Die starke Organisation die Voraussetzungen zum Abschluß und zur Aufrechterhaltung der Tarifverträge sind, so kann auch auf dem Preisgebiete nur durch vereinte Stärke etwas Durchgreifendes und Dauerndes geschaffen werden. Wird diese im größten Interesse des Gewerbes gelegene gemeinsame Kräfteentfaltung aber durch mangelndes Entgegenkommen unmöglich gemacht oder durch Wirklichkeiten des andern Teils hintertrieben, so hätte das Lebhafte zu bedauern. Wir hoffen, der Deutsche Buchdruckerverein wird in Hamburg den besseren Weg einschlagen. Das Beispiel, wie sich die schweizerische Prinzipalität mit ihrem Minimaldruckpreisetarife zwischen zwei Stühle gesetzt hat, dürfte schwerlich zur Nachahmung reizen!

Gewerkschaftsrevue.

Das Alte stirzt... Die sächsische Regierung, in Jahrzehnten ein sicherer Hort der Reaktion gewesen und mit wenig Unterscheidungsvermögen aber gleicher Liebe Gewerkschaften und Sozialdemokratie nicht nur mit ausgefuchter Nabelstich, sondern ebenso beharrlich auch mit Gewaltpolitik verfolgend, diese selbe sächsische Regierung ist in einen Konflikt mit den sächsischen Konservativen verwickelt. Nicht eigentlich mit den Reaktionsären von Sachsen allein. Die „Deutsche Tageszeitung“ in Berlin, über deren Tendenz unter selbst politischer Schuttländern kein Zweifel besteht, bröhnt mit echt Dertelschem schwerem Geschütz dazwischen. Beweis genug, daß der Bitter Born nicht allein in Sachsens konservativen Männerbrüsten entflammt ist und die Regierung des „roten Königsreichs“ nicht nur nach einer Front ihre Verteidigung zu richten hat. Der mit Bauten und Trompeten genehmigte und auch stattgehabte Maisfestzug in Dresden und die Hinzuziehung von einigen Sozialdemokraten zur Gemeindefreierkonferenz bilden den eigentlichen Anlaß zur Entladung der seit dem abgewirtschafteten Systeme Weßsch immer mehr aufgelegerten konservativen Schmerzen. Die sächsische Regierung erklärt zwar in ihren Organen, sie habe nur Vertreter von Gewerkschaften, Konsumvereinen und Krankenkassen zu besagter Konferenz herangezogen und findet leiblich vernünftige Argumente für die Erlaubnis zum Maisfestzug in der sächsischen Weßsch, aber der konservative Landesverein und mit ihm Gefinnungsverwandte haben oder wollen kein Verständnis haben für die Lage der regierenden Männer, die sich nun einmal mit der im deutschen und im sächsischen Volke noch mehr gegebenen — und durch die Reaktion in jeder Form wahrlich nicht zuletzt geschaffenen — Situation abfinden und praktische Arbeit verrichten müssen. Es hat sich manches gewandelt innerhalb der grün-weißen Grenzspähle, es sei nur an die Regelung der Saatzfrage mit ihrem den Militärboykott aufhebenden Effekt erinnert. Daß aber die sächsische Regierung etwa in das strikte Gegenteil ihrer bisherigen Stellungnahme zur Gewerkschaftsbewegung und der sozialdemokratischen

Partei verfallen wäre, läßt sich nicht wohl behaupten. Ein Blick auf die nunmehr eröffnete Internationale Hygieneausstellung in Dresden würde eine solche Annahme gewiß nicht rechtfertigen. Die Tatsache jedoch, daß sich die sächsische Regierung nicht durch die gegen sie jetzt erhobenen wütenden Angriffe der Reaktion über den Haufen rennen läßt, sondern ihnen beherzt entgegentritt, zeugt doch wohl dafür, daß sie sich aus diesem Schlepptau losmachen möchte. „Ein neuer Kurs in Sachsen!“ schreibt entsetzt der Chorus der braven Rückschrittler. Wenn aber schon Regierungen umlernen müssen, dann ist es trotz alledem um die Sache der Arbeiterparteie nicht vom besten bestellt. Das Gequale unsterblicher Arbeitgeberverbände erklingt besonders blöde. Will er sich nicht einmal bei der sächsischen Regierung erkundigen, wie man die Angst vor dem sozialdemokratischen Popanz los wird?

Bei der Reichsregierung wohnen auch zwei Seelen in einer Brust, von der die eine sich mit der andern gar nicht harmonisch vereinen kann. Wenn in den Tagen der Durchpeitschung der Reichsversicherungsbahn, deren einzelne Vorzüge unter dem Übergewicht der Nachteile, die bekanntlich nicht rein versicherungstechnischer Art sind, verschwinden, die Nachricht von der Berufung des auch in Arbeiterkreisen bestens bekannten Münchner Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Brenner kommt, dann steht man vor einem Rätsel. Unlängst ging erst noch das Gerücht, der doch gewiß zahme Staatssekretär Delbrück sollte den Laufpaß erhalten. Dann kam die Meldung, nicht Delbrück würde „ausgehootet“ werden, sondern im wortwörtlichen Sinne träte dies auf den durch seine erfolgreiche Vermittlung in den größten Arbeitskonflikten — namentlich bei der Bauarbeiterausperrung im vergangenen Jahre — recht verdienten Dr. Wiedfeld zu, der den Schauplatz seiner Tätigkeit aus dem sozialpolitischen Reichsministerium nach Japan verlegen würde. Das wurde von der Arbeitererschaft mit vielem Bedauern vernommen. Denn wenn solche vernünftigen, durch eine reiche Praxis in ihrem früheren Wirkungskreise bestens prädestinierte Männer als Beiräte zur Reichssozialpolitik berufen werden, so ist damit keineswegs gesagt, daß sie auf diesen ihren Posten Wärme einreihen können, aber eine derartige Besetzung solcher Ämter will doch etwas anderes heißen, als wenn sich das Offizierselement oder das Wesfrententum auf ihnen breit macht. In den letzten Tagen nun erreichte uns die Kunde von der Berufung Dr. Brenners in das Reichsamt des Innern. Es steht ja noch dahin, ob er annimmt aber die Tatsache, daß man ihn die Nachfolgerschaft von Dr. Wiedfeld angetragen, ist schon recht erfreulich. Besetzt wir uns aber das Ganze, so ist dem gewiß nicht im fortschrittlichen Kurse schwimmen — es zeigt sich das augenblicklich aufs schärfste — Regime Bethmann-Hollweg große Zwiespältigkeit nachzuliegen. Das bisherige Gute auf der einen Seite, wird durch wenig Nützlichem auf der andern leider mehr als atsgelöscht.

Die Streiks- und Aussperrungen im Jahre 1910 haben gezeigt, daß trotz immer größerer Ausdehnung der Tarifverträge wir vom sozialen Frieden uns doch noch recht weit entfernt befinden. 1910 war das Jahr der Aussperrungen! Nach der höchsten Statistik wurden die Jahre der Aussperrungssozialkonjunktur, 1905 und 1906, noch übertroffen von 1910, in welchem in 1115 Fällen 10834 Betriebe stillgelegt und 21129 Arbeiter ausgesperrt wurden. Nichts spricht wohl deutlicher für das in Unternehmertreihen herrschende Stärkegefühl als diese Tatsache. Den viel geschmähten Streikvereinen der Arbeiter haben die Aussperrungsverbände der Unternehmer den Rang abgelaufen! Die Bau- und die Metallarbeiter waren zum überwiegenden Teil Objekte des Lattenbranges auf Unternehmenseite. Wir haben, schon erwähnt, wie wertvoll in diesen schweren Arbeitskämpfen die vermittelnde Tätigkeit von Männern ist wie Wiedfeld, Brenner und v. Schulz, die zu ihrem Teile jedenfalls viel beigetragen haben, daß der Ausgang den Heißspornen auf Unternehmenseite zur recht notwendigen Abklärung wurde. Wenn nämlich schon die amtliche Streikstatistik nur 7 Proz. der Aussperrung wolle, 21 Proz. teilweisen und 2 Proz. keinen Erfolg haben läßt, dann wird sich das später von der Generalkommission zu veröffentliche Resultat erfahrungsgemäß noch etwas günstiger stellen. Die Unternehmeranwälte können mit dem vorjährigen Ergebnis ihrer Strategie nicht gar stolz sein. Es gibt auch einen Lorbeer, der steht. Das scheint leztlich auch die Gemüther Metallindustrieller eingesehen zu haben, darum lenken sie noch ein. In Dänemark scheint man jedoch davon nichts gehört zu haben, wie die deutschen Unternehmer zu einer etwas andern Meinung über den Wert der Aussperrungen gezwungen wurden, sonst könnte dort nicht schon seit Monaten fortgesetzt mit der Androhung einer Riisenaussperrung versucht werden, einige Arbeiterkategorien ihre zu machen. Aber auch die Streiks waren zahlreicher als in den Jahren 1909 und 1908, wenn ihre Zahl auch nicht die von 1905 und 1907 erreichte. Die Ausstände haben sich nämlich gegenüber 1909 vermehrt von 1837 auf 2109, die der betroffenen Betriebe von 4811 auf 8269 und die der Streikenden von 96926 auf 154693. Besonders lebhaft war die Bewegung im Baugewerbe, in der Holz- und in der Maschinenindustrie, wo 206 Streiks mit 32321 Ausständigen stattfanden, von denen 206 Betriebe betroffen wurden. Es wurde ein voller Erfolg erzielt bei 409 Bewegungen (1909: 283), ein teilweiser in 905 (920) und keiner in 795 (734) Fällen. Das heißt: 20 Proz. verließen erfolglos, 43 Proz. zum Teil und 37 Proz. gingen verloren. Das Ergebnis könnte natürlich besser sein, aber man muß es nach Erwägung aller Umstände befriedigend nennen. Die Forderung auf Lohnverhöhung bildete

größtenteils die Ursache des Streiks. Wie eine Seeschlange spukt seit Jahr und Tag ein internationaler Seemannsstreik, „Iebenfalls“ werde er zur Zeit der Krönung in England „entbrennen“. Im vergangenen Jahr machte sich das deutsche Seemannsorgan weiblich lustig über diese unfinnigen Gerüchte. So wird es auch heute noch sein. Mit den „Streiknachrichten“ wird oftmals sehr großer Unfug getrieben. Die amtliche Statistik berichtet noch, daß die Zahl der Vertragsbrüchigen wesentlich abgenommen hat, und daß auch Polizei und Staatsanwalt weniger in Funktion traten, die Streikausführungen also Abnahme zeigten.

Nun, unsern Lesern ist ja bekannt, was es damit meistenteils auf sich hat. Das in Nr. 35 kritisch erörterte Urteil im Deutscher Landfriedensbruchprozeß erweist sich z. B. so ansehbar, daß das Wiederaufnahmeverfahren angefordert wird. Daß die Verlesung oder Verhöhnung von Arbeitswilligen häufig genug bei näherem Betrachten sich in das Gegenteil verwandelt und die Streikbrecher sich als geradezu gemeingefährliche Menschen entpuppen, hat man unangenehme Male konstatieren können. Nun ist durch ein Lübecker Schwurgerichtsurteil aus der ersten Maimoche aber ein unumföhliger Beweis dafür erbracht worden. Das dortige Schwurgericht verurteilte nämlich nach viertägiger Verhandlung neun Angeklagte wegen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von einem bis zu fünf Jahren. Die Angeklagten, meistens aus Essen gekommen, waren während des Streiks bei der Lübecker Maschinenbaugesellschaft als Arbeitswillige tätig und hatten sich eines Abends bewaffnet auf eine Bierreise in die Stadt begeben. Hierbei gerieten sie mit Unbeteiligten in einen Streit, der schließlich in eine allgemeine Schlägerei und Schießerei ausartete. Das Gericht war der Meinung, daß die Bewaffnung nicht erforderlich gewesen sei. Wenn wie in diesem Falle dem arbeitswilligen Gesindel des öfteren ein Demützel verabreicht werden würde — er braucht nicht einmal so kräftig zu sein —, dann sände in den Hallen der Themis mancher Kriminalprozeß einen vernünftigeren Ausgang. Diese mit Schießprügeln bewaffneten Gewohnheitsstreikbrecher sollen nützliche Elemente für das Staatswohl sein?

Nach Wued ist nun auch der Kommerzienrat Mend aus der Öffentlichkeit zurückgetreten. Wued und Mend sind in Tat in einem Umlange zu nennen, wenn vom Scharfmacherturne die Rede ist, und nun haben sie so schnell nacheinander den „Winkelhaken“ hingestellt! Wued wegen zu hohen Alters und Mend? Jedenfalls ist mit diesem Wanne, der im Vereine deutscher Arbeitgeberverbände, in dessen Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen und im Zentralverbande deutscher Metallindustrieller tonangebend war, ein gefährlicher Gewerkschaftsgegner a. D. gegangen. Er war es, der vor sechs Jahren „eine neue wirksame Methode zur Bekämpfung des gewerkschaftlichen Streikterrorismus“ erfinden sollte: Die Aussperrung nach dem Alphabeth. Daß dies der alleschlimmste Terrorismus gewesen wäre, hat den Vater dieses Gedankens nicht im geringsten gekümmert, erklärte er doch bei der Empfehlung seines Aussperrungssystems:

Diese Aussperrung trifft dann gleichzeitig alte und junge, tüchtige und untüchtige, verheiratete und unverheiratete Arbeiter und deshalb wirkt sie auf die Arbeiter empfindlicher.

Es ist ja klar, daß die unschuldigen Leidtragenden bei diesem Systeme der Aussperrung diejenigen Arbeiter sind, deren Namen mit dem ersten Buchstaben des Alphabeths anfangen. Darüber muß man aber keine sentimentalen Anwendungen bekommen, um so weniger, als die Arbeiter sich in der Verfolgung ihrer Ziele durch solche Feindschaft auch nicht leisten lassen... Und wie wissen die Scharfmacherseelen immer über Rücksichtslosigkeit der Arbeiter zu scheitern, wo sie von einer, wie man hier sieht, doch gar nicht zu überbietenden Stupellosigkeit sind! Nun, Herr Mend hat seine hochfliegenden Scharfmacherpläne ja nicht verwirklicht gesehen, ist vielmehr des grausamen Spiels satt geworden, als das Unternehmertum mit seiner aufs höchste getriebenen Aussperrungspolitik eine empfindliche Enttäuschung erlebt hatte. Nur hat Mend nicht einen so herzbelegenden Schwanzengang angestimmt als Axel Wued.

Und noch einer trat ab von den Großen im Scharfmacherlager: Felisch, der Vorliegende des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Auch wegen zu hohen Alters. Fürwahr ein seltsames Zufammentreffen! Wenn ein Unternehmerführer über das vergangene Jahr Rechenschaft zur Unzufriedenheit hat, dann ist es Felisch. Denn der große Kampf im Baugewerbe hat die Bauunternehmer und die Scharfmacherkreise nicht zu Sofiaas auf die Aussperrungstaktik begeistert. Nachfolger von Felisch wurde der Baurat Enke in Leipzig, was an sich genug und in Würdigung dessen bisheriger Tätigkeit im Bauunternehmerbunde übergenug besagt.

Gelent hat man bei den tonangebenden Männern im Unternehmertum jedoch nichts vom vergangenen Jahre. Herr v. Reikswig, Redakteur der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ und Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona, hat das in seinem Anfang vorigen Monats erstatteten Jahresbericht augenfällig bekundet. v. Reikswig hat sich auch auf Entbedungsreisen begeben und hat als heute neue Aufgaben des Unternehmertums heimgebracht. Hier einige Fingerzeige, wie A. in Zukunft die „soziale Frage“ zu lösen gedenkt: Demgemäß erwächst dem Unternehmertume die Aufgabe, ihren Anteil an der Wohlfahrt der Arbeiter zu erhöhen, als sie in etwas einflussvollerer Art und Weise denn bisher zugunsten solcher Bestrebungen eintreten, die auf die Pflege der in der nichtorganisierten

Arbeiterchaft untreue vielfach vorhanden. Keine vaterländischer, d. h. also nichtsozialdemokratischer und darum nicht unternehmerfeindlicher Gesinnung abgesehen. Man spricht soviel von Schuge der Arbeitswilligen, der durch besondere gesetzgeberische Aktionen zu vermehren sein soll. Nun, so mache man einmal selbst ohne Inanspruchnahme der gesetzgebenden Faktoren in dieser Hinsicht den Anfang, indem man für einen wirklich ausreichenden Schutz derjenigen Elemente in den einzelnen Werkstätten und Fabriken Sorge trägt, denen es tatsächlich von Tag zu Tag schwerer wird, dem auf sie ausgeübten Zwange zum Beitritt in die sozialdemokratischen Gewerkschaften Widerstand zu leisten!

Darum ist es unbedingt erforderlich, daß die deutschen Arbeitgeber über den obwaltenden Sachverhalt in mützlich ausreichender Weise aufgeklärt und daraufhin zu dem Entschlusse veranlaßt werden, ihre in Unordnung geratenen Reihen nach dem Vorbilde der schwedischen Arbeitskollegen zu ordnen und zu einem Schlag auszuholen, der den Gegnern Achtung vor ihrer Geschlossenheit und Stärke abnötigt.

Die Organisation des schwedischen Unternehmertums ist also das erstrebenswertere Vorbild und deren Massenaussperrung das erhabene Beispiel, dem auch in Deutschland nachgeeifert werden soll. Wenn selbst ein Mann wie Reisswitz die sehr verschiedenen Verhältnisse zwischen Schweden und dem hochindustriellen Deutschland überblickt, dann ist das eine bedenkliche Kurzsichtigkeit. Trotz der üblen Erfahrungen wollen die Unternehmerführer die bridliche Theorie vom Generalstreik mit der Generalausperrung übertrumpfen und ein Blatt wie die „Magdeburgerische Zeitung“ fügt allen Entsetzten hinzu:

Zu einem solchen Entscheidungskampfe muß es früher oder später doch einmal kommen; je eher und nachhaltiger er vorbereitet wird, desto ersprießlicher wird er für alle Teile sein!

Auch auf der Ende März abgehaltenen Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterebundes hieß es: Wir müssen „Kampfverein“ bleiben und das kann noch lange dauern. Der einstimmig gefasste Beschluß, einen „Werschlag“ von einer Million Mark zu bilden, war der praktische Ausfluß dieser Stimmung. Und wenn Baurat Jellisch in seiner Abschließende sagte:

Wir dürfen keinen Unterschied machen zwischen den Interessen von Norden und Süden, zwischen Osten und Westen. Bei uns darf es keine Mainlinie geben. Jeder Partikularismus soll schwinden, da es sich doch nur um gemeinsame Interessen handelt. Es muß uns der Fachgenosse am Bodensee oder an den Alpen so lieb sein wie im Norden an den meeresumspülten Küsten oder an den Ausläufern oder Frankreichs Grenzen. So wie wir in großer Zeit ein einiges Volk geworden sind, so müssen wir einig sein, wenn es sich um große wirtschaftliche Interessen handelt; denn auf dem ganzen Wirtschaftsgebiete werden wir noch lange lagen müssen!

Über wir können doch werden: Friedliche Kämpfer. Wir müssen einmal kommen zu einem Friede mit unsern Arbeitern! Denn wir sind aufeinander angewiesen,

so haben die Arbeiter vom zweiten wie vom ersten Teile die richtige Aufmerksamkeit zu geben, in jedem Betracht.

Die freien Gewerkschaften entwickelten sich trotz der von den Schachtmachergenerälen kräftig wieder zusammengefaßten Wollern münder weiter. Wie ein oberflächlicher Überblick zeigt, haben im ersten Vierteljahr 1911 die Mitgliederzahlen ganz ansehnliche Steigerung aufzuweisen gehabt. Die Verbände der Metallarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter und Holzarbeiter sogar in respektablerer Maße. Wenn auch die Bergarbeiter mit ihrer Lohnbewegung (15 Proz. Erhöhung) Schiffbruch gelitten haben, so sind andre Organisationen um so erfolgreicher gewesen: die Schneider über das ganze Reich, die Metallarbeiter in Chemnitz. Auch die Tarifverhandlungen der Holzarbeiter hatten im allgemeinen ein zufriedenstellendes Ergebnis, aber es ist an nicht wenigen Orten zu Fraktionen gekommen, am schärfsten in Hamburg, wo um den paritätischen Arbeitsnachweis Streik und Ausperrung geführt wird. Man kann es ja verstehen, daß in unsern theoretisch-wangeren und -lustigen Zeit auch die Gewerkschaftstatik mehr zum Gegenstande kritischer Erwägungen wird. Was aber in den letzten Monaten darin geleistet worden ist, war des Guten denn doch zu viel. Und besonders erhebend war es auch nicht, daß sich zum großen Teil dieser Streit um die vorgetragenen Anschauungen eines Mannes drehte, der nach eigenem Geständnisse von der Gewerkschaftstechnik nichts versteht. Für gewöhnlich läßt man ja die Finger von Sachen, die man nicht versteht. Anders Pannekoek, über den wir uns schon früher genügend ausgelassen haben, und der nun wohl auch den Bremer Arbeitern ein etwas ungemittelter Gast geworden ist, wie aus der seinerseits erfolgten Kündigung gefolgert werden kann. Hoffentlich tritt über dieses Thema nun längere Ruhe ein. Die deutschen Gewerkschaften, denen von der zu uns entsandten belgischen gewerkschaftlichen Studienkommission so hohes Lob spendet wurde, haben schließlich denn doch noch Besseres zu tun.

Von den christlichen Organisationen ist wieder viel Ruhmenswertes zu vermelden: ihre Führer machen gegenwärtig im Reichstage mit Gipp-Gipp-Hurra die Reichsversicherungsordnung zu einem für die Arbeiter recht ungenießbaren Magout, in Rheinland-Westfalen haben sie die Bewegung der Bergleute um eine 15prozentige Lohnerhöhung elegend zusehen gemacht, bei den Unternehmerverbänden sind sie meistens oben auf und im preussischen Landtage ließen sie sich am 30. Januar vom Landwirtschafts-

Minister ausdrücklich erklären, daß die angebrohten Maßnahmen gegen die Organisation der Waldarbeiter „natürlich auf die christlichen Verbände keine Anwendung finden sollen“. Es ist weit, sehr weit mit ihnen gekommen — und es wird nach weiter kommen!

Vom Auslande seien diesmal nur die gewerkschaftlichen Vorgänge aus zwei Ländern in den Kreis dieser Betrachtungen gezogen.

In Österreich hat der tschechische Separatismus gefügt, die Einigungsverhandlungen mit den Zentralverbänden haben sich endgültig zerfallen, sind gescheitert, auch durch die Mitschuld der tschechischen Sozialdemokratie. Wir verweisen auf den an dieser Stelle über den internationalen Sozialkongress von Kopenhagen in Nr. 107 Jahrgang 1910 gegebenen Bericht. Dort ist über das alle Solidarität und die Interessengemeinsamkeit der Arbeiter niedertretende Gebaren der Tschechen das Nötigste zu lesen. Der blödeste Nationalismus hat, wie die Figura zeigt, auch in Arbeiterkörpern noch Platz, und darüber lieh man lieber die Einheitsleider-Gewerkschaftsbewegung in Österreich in die Brüche gehen, obwohl die Zentralverbände eine wahre Lammsgebild an den Tag legten und zu den allergrößten Konjessionen bereit waren. Wir übergehen die einzelnen Phasen der seit Kopenhagen betriebenen Einigungsverhandlungen, auf die manchermal geradezu schimpflichen Vorfälle, die auf das Herbolz der Herren Tschechen kommen. Das Ganze ist ein Trauerstück, würdelos, abstoßend; eine Farce auf die Einheitsleider der in gleichem Boden wurzelnden Arbeiterbewegung.

Über die französische Gewerkschaftsbewegung wollen wir einen uns von dem Kollegen Wielep (Berlin) freundlich zur Verfügung gestellten Vortrag des deutschen Gewerkschaftsführers Sassenbach, den dieser bereits im vergangenen Jahr in einer Berliner Gaunmitieserverversammlung unres Verbandes gehalten hat, schon längst an dieser Stelle im Rahmen mit andern gewerkschaftlichen Angelegenheiten aus Frankreich bringen. Unre Dispositionen bezüglich der „Gewerkschaftsrene“ wurden aber durch den Stoffandrang im allgemeinen und die Generalversammlungsdistinktionen im besondern so oft über den Haufen geworfen, daß wir unser Versprechen bisher leider nicht einlösen konnten. Jetzt begeben wir einfach einen Gewaltakt, um unsern Lesern den wirklich sehr lehrreichen Vortrag nicht noch länger vorzuenthalten. In den letzten Wochen hat man manderlei, aber nichts Greuliches über den vorjährigen Generalstreik der französischen Eisenbahner gehört, der bekanntlich mißlang. Die noch übriggebliebenen Opfer sollten auf Wunsch der Regierung von den Eisenbahngesellschaften nunmehr wieder eingestellt werden. Die Gesellschaften weigerten sich dessen, und damit hat auch dieser Generalstreik seinen letzten, unerfreulichen Ausklang gefunden. Dann war anlässlich der Waiseier tout Paris einmal wieder in ein militärisches Heerlager verwandelt. Selbstverständlich blieb der große Wirgekrieg aus, man spezialisierte und speziierte etwas und zog sich dann wieder in seine Verbau zurück. Das Unabänderliche des französischen Gewerkschaftsmilieus muß man mehr kennen; um all diese Vorgänge jenseits der Vogesen besser zu verstehen. Der nachfolgende, vom Kollegen Wielep (Berlin) wieder-gesendete Vortrag über das französische Gewerkschaftswesen dürfte dazu wohl recht geeignet sein.

Eintleitend bemerkte Sassenbach, daß die Beziehungen zwischen den französischen und deutschen Gewerkschaften lange Jahre hindurch schlecht gewesen seien. Das kam erstens daher, daß die Taktik in beiden Ländern eine so grundverschiedene war, und dann trug ein Mißverständnis seitens der deutschen Gewerkschaften dazu bei, die Spannung noch zu vergrößern. Als nämlich im Jahre 1903 in der irischen Hauptstadt Dublin der internationale Kongress der Gewerkschaftsekretäre tagte, hatten dort die französischen den deutschen Führern eine Broschüre über die französische Gewerkschaftstatik überreicht in der Annahme, daß der Inhalt derselben in der deutschen Gewerkschaftslehre veröffentlicht und damit das Verständnis für die Taktik unserer westlichen Nachbarn erzielt werden würde. Auf deutscher Seite war ein solcher Wunsch aber nicht herausgehört worden und deshalb eine Publikation unterblieben. Diese Tatsache hat dann jenseits der Vogesen sehr verärgert.

Als dann im Jahre 1905 die internationale Konferenz in Amsterdam kam, machten die Franzosen ihre Verteilung davon abhängig, daß folgende drei Punkte auf die Tagesordnung kämen: Der Achtstundentag, der Generalstreik, der Antimilitarismus. Der internationale Sekretär Regien hielt eine Umfrage an die beteiligten Länder, ob dieses gesehen solle, aber mit Ausnahme von Holland wurde dies verneint. Der Antrag war also abgelehnt, und die Franzosen blieben fern. Auch auf dem Kongress in Christiania waren sie unvertreten.

Jahr 1909 wurde nun als Kongressort Paris gewählt. Man ging mit ziemlich gemischter Gefühlslage dorthin, weil man glaubte, der Kongress könnte wegen zu großen Krachs nicht zu Ende geführt werden. Es war für diesen Fall auch geplant worden, in Brüssel weiter zu tagen. Wider Erwarten verlief der Pariser Kongress aber ziemlich ruhig, da geeignete Maßnahmen seitens der französischen Gewerkschaftsleitung selbst getroffen worden waren. Der Kongress trug daher sehr zur Verständigung besonders zwischen den deutschen und den französischen Gewerkschaftlern bei, indem beide Teile durch die gepflogene Aussprache die leitenden Motive zu der Taktik des andern würdigen lernten.

Französischerseits wurde sodann eine Einladung an die Deutschen gerichtet, 1910 eine Vertretung nach dem Gewerkschaftskongress in Toulouse zu entsenden. Diese Einladung wurde schon deshalb freudig angenommen, als

jede Gelegenheit wahrgenommen werden mußte, das gegenseitige Verhältnis zu bessern. In Frankreich selbst erweckte diese Einladung und das Versprechen, zu kommen, großen Enthusiasmus, ja es wurde sogar als der „Globe des Tags“ bezeichnet. Nun ist ja auch eine deutsche Vertretung in Toulouse gewesen, und zwar war es Sassenbach, der ausenwärtig worden war. Die Franzosen werden sich daher verwandern und 1911 nach Berlin kommen.

In französischen Gewerkschaftskreisen besteht über die deutsche Taktik noch ein sehr unklares Bild. So sagte Griffuel einmal, die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften bestände nur darin, Papier zu schreiben! Es ist ihnen nun aber gesagt worden, daß sie, wenn sie nach Berlin kommen, erfahren sollen, daß wir auch noch mehr können. In der französischen Arbeiterbewegung ringen zurzeit zwei Richtungen um die Macht: die Syndikalisten und die Reformisten. Die Taktik der ersteren ist von der unsrigen ganz verschieden und kann kaum als rein gewerkschaftliche bezeichnet werden. Demgegenüber wollen die Reformisten eine wenigstens einigermaßen der unsrigen ähnelnde Taktik einrichten und sich von dem Phrasenschwalle der Syndikalisten befreien. Wenn es nach der Zahl der Mitglieder ginge, hätten die Reformisten schon die Oberhand, aber infolge des eigenartigen Wertungssystems auf den französischen Gewerkschaftskongressen ist es ihnen schwer gemacht, zur Macht zu gelangen. Es kann nun nicht unsere Aufgabe sein, den Franzosen vorzuschreiben, wie sie ihre Taktik einrichten, aber wir können ihnen doch zeigen, daß es besser für sie ist, ihre Einrichtungen nachzuahmen. Zum Verständnisse der französischen Gewerkschaftstatik muß jedoch folgendes hervorgehoben werden.

Die Franzosen haben das Koalitionsrecht erst unter schmerzlichen Mühen und Opfern errungen, die Lage der französischen Arbeiter ist also absolut keine freie als bei uns. Und wenn die französischen Gewerkschaften den Parlamentarismus verwerfen, so hängt das mit den politischen Verhältnissen in Frankreich zusammen. Dort kann schließlich jedermann einmal eine große Rolle spielen — wenn er es versteht. So gehen besonders Advokaten gern nach Paris, nicht, weil sie dort eine bessere Praxis finden könnten, sondern um dort Deputierter zu werden oder gar Minister. Sie entschließen sich dann erst für eine bestimmte Partei, wenn sie annehmen, daß dort für sie am meisten heraufspringt. Dort findet man auch die meisten Renegaten, die von einer zur andern Partei wechseln. Ein typisches Beispiel dafür ist ja der verlorene Ministerpräsident Briand. Dieser hat sich auf verschiedenen sozialistischen Kongressen für den Generalstreik ausgesprochen, ja, sich sogar als der Vater der Generalstreiktheorie geriert. Heute bekämpft und verfolgt er diese Idee und will selbst über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehen, um sie zu unterdrücken. Da ist es denn erklärlich, daß die französischen Arbeiter von solchem Parlamentarismus nichts wissen wollen. Das schlimmste Schimpfwort bei ihnen heißt: „Politiker“. Es geht noch über das Schimpfwort „Streitbrecher“. Darum herrscht auch drüben die Gepflogenheit, daß jeder, der für einen Gewerkschaftsposten kandidiert, sich schriftlich verpflichten muß, kein politisches Mandat anzunehmen; tut dies doch einer, dann gibt es fürchterlichen Krach.

Schließlich ist die französische Gewerkschaftstatik noch aus einem andern Grund erklärlich: Frankreich ist immer noch überwiegend Agrarstaat, eine so große Industrie wie bei uns gibt es, abgesehen von einzelnen Orten, dort drüben nicht. Die Klassencheidung ist noch nicht so ausgeprägt, weil viele Arbeiter noch ein kleines Besitztum haben. Dann hat Frankreich auch noch, nicht die großen Unternehmervverbände wie wir; erst vor vier Jahren ist eine Streikversicherung geschlossen worden, die Bauunternehmer haben dies im Jahre 1910 getan. Wenn in Frankreich aber erst einmal stärkere Unternehmervorganisationen bestehen werden, dann müssen die Arbeiter dort ebenfalls sich ihre Taktik aneignen; heute operieren sie noch so, wie wir vor 20 Jahren, d. h. wenn in einem Orte die Arbeiter mit einem Unternehmer in Konflikt geraten, wird eben sofort in Streit getreten, ohne sich mit der Hauptleitung der Organisation vorher ins Einvernehmen zu setzen. Dies liegt zum größten Teile mit an dem Temperamente der französischen Arbeiter, das auch anders als das unsrige ist. Wir sind ein Volk, das sich in der Zentralisation wohl fühlt, der Franzose erblickt darin aber eine Beschneidung der persönlichen Freiheit. Und mit dem Worte „Freiheit“ wird in Frankreich ein wahrer Kultus getrieben, der es nicht verdirrt, dieses Wort selbst auf Mauern von Gefängnissen zu setzen. Nun ist zwar eine unbefchränkte Freiheit auch gerade kein Ideal, die Franzosen sind aber hiervon schwer zu überzeugen.

In Frankreich ist man auch kein Freund von Statistiken über Mitgliederbewegung, Beiträge, Vermögen usw., dies hält man alles für überflüssig. Auch finanzielle Opfer bringt der Franzose nicht gern. Geld zahlen ist für ihn eine häßliche Sache. Die Streiks müssen daher schnell einsehen und schnell gewonnen werden. Ohne Mittel kann man nämlich keine längeren Kämpfe führen, und die Franzosen haben im allgemeinen keine Geldmittel; sie sagen: Geld erzeugt einen konservativen Charakter! Sowie in Frankreich ein Streik ausbricht, erscheinen in vielen Zeitungen Aufrufe, die zu Geldsammlungen aufzufordern. Dann gibt es auch sogenannte „kommunale Kassen“, wo die Streikenden samt ihren Angehörigen gemeinsam kochen und speisen können. Der durchschnittliche Beitrag in den französischen Gewerkschaften betrug bisher 25 Centimes, das sind 20 Pfennige. Dabei kann natürlich an irgendwelche Unterstützungseinrichtungen nicht gedacht werden. Erfolgreicherweise hat in der letzten

Zeit in dieser Beziehung eine andere Stimmung Platz gegriffen, indem sich einzelne Organisationen schon an Erhöhungen herangezwängt haben.

Die französischen Gewerkschaften haben auch eine andere Verfassung als die deutschen; während hier die einzelnen Ortsvereine nur einen Teil des Zentralverbandes bilden und alles Tun streng nach dessen Statuten einrichten müssen, besteht dort das Föderationssystem. Die Föderationen schließen sich zwar auch zusammen und zahlen einen geringen Beitrag in die Zentralkasse; im übrigen aber können sie machen, was sie wollen, der Zentralvorstand hat da nichts hinzuzurechnen. Jeder Ortsverein, ganz gleich, wieviel Mitglieder er zählt, hat nun auch das Recht, einen Vertreter in die Zentralleitung zu entsenden. Ebenso sind auch die Gewerkschaftskongresse zusammengesetzt; die kleinen Orte spielen dort die Hauptrolle, und es ist sehr schwer, hier eine Änderung herbeizuführen. Diese kleinen Organisationen, die in Südfrankreich ihren Urvater haben, sind es auch, die das Streben der großen, in Nordfrankreich dominierenden Gewerkschaften auf Einschlagen einer neuen Taktik verhindern. Letztere wollen sich auch nicht von den ersteren trennen, um keine Zersplitterung in den Berufsorganisationen herbeizuführen.

Die französische Gewerkschaftstaktik ist eigentlich gar keine rein gewerkschaftliche. Wenn man von den Politikern auch nichts wissen will, übt man doch selbst eine gewisse politische Tätigkeit aus. Es ist das Augenmerk mehr darauf gerichtet, die Arbeiter aufzurufen, sie unzufrieden zu machen, anstatt alle die kleinen Vorteile der Gewerkschaftsbewegung, die sie bieten, wahrzunehmen. Wenn dort drüben gewerkschaftliche und politische Bewegung zusammengehen würden, könnte neben dem Streben nach ferneren Zielen schon jetzt für die Arbeiter manche Verbesserung erlangt werden.

Die hauptsächlichsten Mittel im französischen Gewerkschaftskampfe sind der Generalstreik und die „direkte Aktion“. Die Frage des Generalstreiks ist ja auch in Deutschland genügend erörtert worden, aber man ist dazu gekommen, zu erklären, daß dieses nur das letzte Mittel wäre, das angewandt werden könnte, wenn gewisse größere Volksrechte geraubt werden sollten. Nicht so die Franzosen; für sie ist der Generalstreik ein normales Mittel. Dieses Mittel soll nun nicht etwa dazu dienen, unbedingt gewerkschaftliche Erfolge zu erzielen, nein, es wird als aufklärend betrachtet. Es bildet eine Art revolutionäre Gymnastik, wie es einmal jemand bezeichnete.

Die direkte Aktion ist ein schwer zu zergliedernder Begriff. Er soll etwa bedeuten, daß jeder einzelne durchsetzen soll, was er kann. Daß dadurch das Minoritätsprinzip anerkannt wird, scheint niemand in den Sinn zu kommen. Die direkte Aktion ist nun schon verschiedentlich angewandt, doch wohl immer mit einem Misserfolge. Vor fünf Jahren haben die Franzosen auf dem Gewerkschaftskongresse beschlossen, den Achtsundentag einzuführen. Das sollte einfach so gemacht werden, daß jeder Arbeiter, wenn er acht Stunden gearbeitet hatte, aus dem Betriebe hinausgehen sollte! Jeder aber, der dies tat, wurde entlassen, und so ist diese Aktion ins Wasser gefallen. Also diese Taktik ist ein Widerspruch gegen den Begriff Organisation an sich.

Ein weiteres Mittel, welches die Franzosen gern anwenden, ist die Sabotage. Dieses Wort wird man jetzt sehr häufig in den Zeitungen gefunden haben, da bekanntlich Briand der französischen Kammer einen Gesetzesentwurf vorgelegt hat, wonach die Anwendung von Sabotage schwer bestraft werden soll. Sabotage nennt man die Beschädigung von Werkzeugen, Maschinen und Bauten, die Unbrauchbarmachung von Waren, Materialien usw., was geschieht, wenn der Unternehmer sich andauernd sträubt, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Mancher Unternehmer ist dadurch schon zum Nachgeben gezwungen worden, weil er sich sagte, daß er dabei billiger wegkäme, als wenn er sich alles entzwei machen lasse. So haben Maurer den Balken mit chemischen Stoffen vermischt, der die Bindkraft aufhebt; Bäcker haben das Brot verbrennen lassen usw. Ein Vorschlag, welcher der Konnit nicht entbehrt, ging dahin, die Pariser Käse sollten alle zu einer bestimmten Zeit in die Speisen ein stark wirkendes Abführmittel hineintun; wenn dies zur Ausführung gelangt wäre, hätte es allerdings schreckliche Kalamitäten erzeugt.

Wie es aus einem französischen Gewerkschaftskongresse zugeht, zeichnete der Referent folgendermaßen: Der Kongress in Toulouse dauerte sechs Tage. Davon wurden zwei Tage allein zur Prüfung der Mandate verwendet! Einen Tag sprach man über den Bau eines Gewerkschaftshauses und einen Tag nahm der Streit zwischen Syndikalistischen und Reformisten in Anspruch. Also blieben nur zwei Tage übrig für die Erledigung der wichtigeren Angelegenheiten. Andererseits ist es hochinteressant, an einem solchen Kongresse teilzunehmen. Der Franzose ist nämlich der geborene Redner. Mit wenigen Ausnahmen wird stehend gesprochen, und meistens sind die Reden sehr lang, wenn auch manches Unbedeutende dabei gesagt wird. Der Kongress erklärte sich u. a. für Tarifverträge, aber gegen die gesetzliche Anerkennung derselben; ebenso sprach er sich gegen die Obergrenzung der Gewerkschaften aus. Der Antimilitarismus soll noch schärfer als bisher betrieben werden. Der Referent beachtete seinen Vortrag mit den Worten, daß die Gründe für eine andere Taktik wohl mit den wirtschaftlichen und politischen Umständen in Frankreich zu erklären seien. Deshalb werde man die Franzosen, wenn sie 1911 nach Deutschland kämen, nicht schulmeistern, sondern sie nur darauf hinweisen, daß andere Verhältnisse auch eine andere Taktik

bedingen, welche einzuschlagen aber auch für die französischen Arbeiter bald Zeit ist, ehe ihre Unternehmer ebenfalls sich zu gewaltigen Organisationen zusammenschließen. Werde dieses Verhältnis ihnen beibracht, dann sei eine engere Verbrüderung mit den französischen Arbeitern, die ebenfalls wenig wie die Deutschen chauvinistisch, sondern international gesinnt seien, vorauszusetzen.

Unsre Leser werden, wie die Berliner Kollegen in jener Versammlung, dem Herrn Saffenbach jedenfalls recht dankbar sein für diesen instruktiven, von großer Sachkenntnis zeugenden Vortrag.

Korrespondenzen.

A. W. Berlin. (Vereinsversammlung am 3. Mai.) Über das zeitgemäße Thema „Reichsversicherungsordnung“ hielt an Stelle des leider verhinderten Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt der Arbeitersekretär Rudolf Wissell einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Aus seinem reichen Erfahrungsschatze konnte er mit verschiedenen Beispielen aufwarten, die dralisch bewiesen, welches Schicksal unsere heutige soziale Gesetzgebung noch ist. Trotzdem seit ein paar Jahren schon alle möglichen interessierten Kreise fieberhaft an einer „Reform“ dieser Sozialversicherung arbeiten, ist jetzt als Fazit nicht eine Verbesserung, sondern im ganzen eine arge Verschlechterung der Rechte der Arbeiter geplant. Die Ursache sei aber, so schloß der Referent, in der Inoffensivität der Arbeiter zu suchen, die sich um ihre Interessen zu wenig kümmern und so den Regierungen und den herrschenden Klassen den Mut geben, Arbeiterentrechtung zu treiben. Nach dem Vortrage wurde von der Vergütungskommission mitgeteilt, daß unser diesjähriges Jubiläumssfest Sonnabend, den 24. Juni, in der „Neuen Welt“ stattfindet. Als Neuierung hat der Vorstand geplant, den Lehrlingen zu diesem Feste freien Eintritt zu gewähren, und sollen diese von den Vertrauensleuten darauf aufmerksam gemacht werden mit dem besonderen Hinweise, sich auch an dem im großen Saale stattfindenden Festakte zu beteiligen. Unter „Vereinsmitteilungen“ hob der Vorsitzende Massini zunächst hervor, daß in diesem Jahre die Versammlung am 1. Mai noch mehr von in Arbeit stehenden Kollegen besucht war, als in früheren Jahren, da einzelne größere Firmen in umfangreicher Weise ihrem Personal den Tag freigegeben hatten. Hierauf verlas Kollege Massini eine Stelle aus einem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der sich die „Korrespondent“-Redaktion zum Opfer erlotter hat. Er knipfte an die unter heiterer Stimmung der versammelten Kollegen erfolgte Verlesung die beifällig aufgenommene Bemerkung, daß gerade der Leitartikel in Nr. 48 des „Kor.“ („Maienzeit“), der es der „N. A. Z.“ angetragen habe, die Kollegen, und zwar wohl nicht nur die Berliner, außerordentlich befriedigt habe und daß der „Kor.“ überhaupt sich jetzt wieder einer steigenden Beliebtheit bei den Berliner Kollegen erfreue. Eine kleine Sammlung origineller Wortumspielungen der letzten Zeit im Gau Berlin glaubte Kollege Massini der Versammlung ebenfalls nicht vorenthalten zu können. Das erste betrifft die hiesige Firma Alstein. Diese Millionenfirma, welche für eine Flugkonturrenz durch Deutschland die Kleinigkeit von 100 000 Mk. zur Verfügung stellte, hat einem Kollegen, der zu dem Gange zur Kontrollversammlung fünf Stunden benötigte, statt der tariflich vorgeschriebenen drei nur zweidreiviertel Stunden bezahlt mit der Motivierung, daß der Gehilfe, der am Vormittage nicht arbeite, auch keinen Anspruch auf die Bezahlung der Frühstückspause habe. Uns, „prinzipiellen“ Berlinern will sich die Firma nun wegen 14 Pf. verlagern lassen. Die zweite Sache passierte bei der Firma Berg in Charlottenburg. Diese Firma glaubt es mit ihrer Zugehörigkeit zur Tariftgemeinschaft und mit den gesetzlichen Vorschriften vereinbaren zu können, daß an Sonntagen die Tüchter des Prinzipals und des Faktors sowie die Kontoristinnen in der Druckerei im Handtag ausgebildet werden. Da dieses Gebahren außer der Verlegung der Sonntagsruhe auch eine Überschreitung der Lehrlingskala bedeutet, ist beim Tarifausschusse Beschwerde erhoben worden. Bei der Firma W. Kuslich liegt ein ähnlicher Fall vor. Dort erscheint nach Feierabend ein Herr, der mit dem Besitzer der Druckerei befreundet sein soll, und legt eine von ihm herausgegebene, monatlich 8—16 seitig erscheinende Zeitschrift höchst eigenhändig. Selbstverständlich ist auch gegen diese Firma Beschwerde beim Tarifausschusse erhoben worden. In die Mitteilung, daß der Rigborfer Magistrat eine eigene Druckerei einzurichten gedenke, knipfte Kollege Massini die Hoffnung, daß in dieser Druckerei Zustände Platz greifen mögen, mit denen auch unsre Kollegen zufrieden sein können. Schließlich wurde noch bekannt gegeben, daß die Jahresberichte des Vereines und des Verbandes abgeholt werden können und daß während der Dauer der Generalversammlung des Verbandes das Vereinsbüro vertretenungsweise von den hier verbleibenden Gavourstandsmitgliedern offen gehalten werden wird, deren Anordnungen die Auskunft erscheidenden Kollegen Folge leisten mögen.

Frankfurt a. M. Sein 50-jähriges Berufsjubiläum feierte am 12. Mai Kollege Peter Michael Erken, Teilhaber der hiesigen Firma Gude & Erken. Er legte seine Lehrzeit in Köln a. Rh. zurück und arbeitete als junger Gehilfe hauptsächlich im Auslande (Schweiz, Italien, Holland, Belgien, Österreich-Ungarn und Luxemburg). Auch in Deutschland konditionierte Erken in verschiedenen Städten, bis er 1877 in Frankfurt a. M. dauernd vor Anker ging. Der Jubilar gehört dem Verbands seit seiner Gründung an.

M. Köln. Zu einer Protestversammlung gestaltete sich die am 6. Mai abgehaltene Ortsvereinsver-

lung, die zahlreich besucht war. Galt es doch, Stellung zu nehmen gegen Unwirke und unwahre Behauptungen in dem Berichte der Kölner Handelskammer, wie sie in einer derartigen Form wohl selten dagewesen sind. Der Vorsitzende Vertram ging die in dem Berichte (siehe auch „Schlaglichter“ III) aufgestellten Behauptungen einzeln durch und bewies deren Unwahrheit durch unanfechtbares Tatsachensmaterial. So seien im vorigen Jahre 60—70 Konditionslose hier am Orte zu verzeichnen gewesen und nicht ein einziger konnte durch das „Zurückgehen der Arbeitsleistung der Gehilfen“ untergebracht werden. Er verwies auf die in den Kölner Druckereien üblichen Kontrollzettel, die es den Gehilfen unmöglich machten, ihre Arbeitsleistung zurückgehen zu lassen; ferner auf die Tatsache, daß Prinzipale Gehilfen Lohnzulagen von 50 Pf. (Zuruf aus der Versammlung: 25 Pf.) angeboten hätten, was kennzeichnend für deren soziales Empfinden sei. Der Verfasser des Handelskammerberichts scheine wohl nicht zu wissen, oder wissen zu wollen, daß die Prinzipale mehrere Geheimzirkulare losgelassen hätten, dahingehend, den Gehilfen keine Lohnzulagen zu gewähren, oder andernfalls diese bei einer etwaigen Tarifserhöhung in Anrechnung zu bringen. Hiernach sei auch prompt verfahren worden. So könne andererseits konstatiert werden, daß die Kölner Prinzipale es zum Teil sehr gut verstehen, sich auf Kosten der Berechner ein großes Personal zu halten. Die Konkurrenz der Prinzipale untereinander selbst sei schuld, daß die Erträgnisse der Druckereien weiter zurückgehen. (Diese Behauptung in dem Berichte der Handelskammer löste nur verständnisvolles Lachen aus.) Der Bericht sei dazu angetan, gegen die Gehilfen bei der bevorstehenden Tarifrevision Stimmung zu machen; der Vorstand habe auch jene Vermutungen, wo der Verfasser dieses Berichts zu suchen sei. In der anschließenden, von gerechter Entrüstung getragenen Diskussion wurden die Ausführungen des Vorsitzenden unter Anführung treffender Materialien von vielen Kollegen wirksam unterstützt und besonders darauf hingewiesen, daß die Prinzipale es bei jeder Tarifrevision verstanden haben, sich schablos zu halten. Folgende Entschlüsselung gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die heutige Monatsversammlung des Ortsvereins Köln des Verbandes der Deutschen Buchdrucker protestiert energisch gegen die in dem Jahresberichte der Kölner Handelskammer enthaltenen unwahren Behauptungen. Sie weist die den Gehilfen im Buchdruckergewerbe wider besseres Wissen gemachte Unterstellung, sie schränkten ihre Arbeitsleistung ein, um den Arbeitslosen Platz zu machen, energisch zurück und betont, daß bei der heute üblichen Kontrolle eine Einschränkung der Arbeitsleistung überhaupt nicht möglich ist. Auch die fernere Behauptung: die Löhne seien trotz des Tarifverbotes gestiegen, da die Arbeitnehmer in vielen Druckereien geschlossen, fast überall aber einzeln um Gewährung von Lohnzulagen an die Druckereibesitzer herangetreten, ungleicher Forderung, denn auch Rechnung getragen worden sei — erklärt die Versammlung als eine blanke Geringfügigkeit. Die Versammlung verurteilt es, daß derartige Unwahrheiten in einem amtlichen Bericht abgedruckt werden können, wodurch die tarifreue Gehilfenschaft einerseits auf das größtmögliche befehdigt, dann aber auch ihre wirtschaftliche Lage in einem total falschen Lichte gezeichnet hat.

Die scharfmacherischen Verdächtigungen des Handelskammerberichts sind geeignet, die Tariftgemeinschaft zu misstrauen, wie derartige Auslassungen aus angetan sind, das gegenseitige Vertrauen der Tarifkontrahenten zu untergraben und ihnen die Freude an dem Kulturwerke der Tariftgemeinschaft zu nehmen. Die Versammlung verspricht jedoch, nach wie vor für strengste Innehaltung und Aufrechterhaltung des tariflich Vereinbarten einzutreten. Das Bureau wird beauftragt, diese Resolution der Kölner Handelskammer in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.

Diese Resolution soll außer der Handelskammer auch den hiesigen Tagesblättern zur Veröffentlichung zugestellt werden, wenn möglich schon in der Versammlung Zweifel über deren Aufnahme geäußert werden. Unser Gavoursther Herrrecht behandelte in seinem mit großem Beifall aufgenommenen Referate das gewiß zeitgemäße und sehr lehrreiche Thema: „Im Zeitalter der Gewerkschaften und Unternehmervereine“. Aufgenommen wurden in dieser Versammlung 28 Kollegen, meistens Neuzugelernte (die jetzt sozusagen wieder alle dem Verbände zugeführt worden sind). Wegen Resen mußten sechs Mitglieder ausgeschlossen werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken unfreer verstorbenen Kollegen, des verdienstvollen Hauptverwalters Adolf Weyer, sowie des Kollegen Benedikt Bangert.

Leipzig. (Maschineneservereining.) Am 7. Mai fand im „Volkshaus“ eine gut besuchte Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken unfreer verstorbenen Hauptverwalters Adolf Weyer sowie des Kollegen Gustav Melzer durch Erheben von den Sitzen. Der Vorsitzende gab hierauf das Resultat der Urwahl zum II. Deutschen Maschineneserkongresse bekannt. Gewählt wurden die Kollegen Wetschmid und Schnurpfeil; als Ersatzmann gilt Kollege Unger. Nachdem verschiedene interne Angelegenheiten erledigt waren, wurde unter Punkt „Tatendruck“ über Neuerbestimmungen auf dem Seymaschinenmarkte berichtet. Recht eingehende Würdigung fanden dann verschiedene Artikel aus Prinzipals- und technischer Zeitschriften. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die wieder einmal recht in die Erscheinung tretende Reklame der Seymaschinenfabriken ein. Besonders scharf wurde das Gebahren des „Typograph“

Fabrik kritisiert, die mit „Korrekturen“ (pro Stunde 9015 Buchstaben) haufieren gehe, die unter normalen Verhältnissen am Typograph nie erreicht werden könnten. Wie diese Leistungen zustande kommen, sei hinlänglich bekannt. Das geradezu prästerliche Auftreten der „Typograph“ Fabrik rief denn auch nur die Heiterkeit der Versammlungsteilnehmer hervor. Die nächste Versammlung findet am 28. Mai statt mit der Tagesordnung: Bericht vom Kongress in Hannover.

Mannheim. Es war in der Tat eine kleine, aber mürbige Feier, die die Kollegen der Firma Hofbuchdruckerei **Marzahn & Co.** aus Anlaß der fünfzigjährigen Berufstätigkeit ihrem allverehrten Kollegen, dem Metteur **Franz Karl Hoffart**, am 7. Mai im Vereinslokale „Prinz Marz“ bereiteten. Der Vertrauensmann **Heißelbein**, der die Glückwünsche des Personalrats übermittelte, betonte besonders, daß Kollege Hoffart allezeit seine kollegiale Pflicht getan, sich Liebe und Achtung erworben habe und überreichte dem auch über Mannheims Grenzen hinaus bekannten Kollegen Hoffart eine prachtvolle Ehrenurkunde. Kollege **Jauffer** überbrachte die Gratulation des Bezirksvorstandes und des Bezirksvereins Mannheim. Eine größere Anzahl Sänger der „Typographia“ aus der Offizin versöhnten durch Gesang die schlichte Jubiläumsfeier.

Rundschau.

Generalversammlungszusammenfassungen. Die in diesen Tagen in Hannover zusammentretende Generalversammlung des Verbandes ist die neugestaltete seit Gründung unserer Organisation, die vierzehnte seit Umwandlung des „Deutschen Buchdruckerverbandes“ in den „Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker“ und die siebente seit der Umtaufe des letzteren auf seinen heutigen Namen. Streng genommen kann man die ersten fünf Tagungen nicht als Generalversammlungen im heutigen Sinne des Wortes ansprechen. Sie werden von den Chronisten als deutsche Buchdruckeritage bezeichnet. Der erste dieser Buchdruckeritage, die für die Gesamtorganisation von grundlegender Bedeutung waren, wurde vom 20. bis 22. Mai 1866 in Leipzig abgehalten. Es waren auf ihm 84 Städte durch 35 Delegierte vertreten, die einstimmig die Gründung des Verbandes beschlossen und eine ständige Kommission als Oberleitung zur Führung der Verbandsgeschäfte einsetzten. Eine sehr ernste und teilweise auch hitzige Debatte zitierte auf dieser Tagung das Problem der Selbsthilfe durch Produktivgenossenschaften. Der damalige Redakteur des „Korr.“, **Karl Heineke**, war ein eifriger Verfechter dieser Idee. Er rechnete damit, daß von angenommenen 30000 Buchdruckergehilfen 10000 sich an einer freiwilligen Steuer von wöchentlich 1 Neugroschen beteiligen würden. Für diese Summen sollten Buchdruckerien zu kaufen gesucht, Verlagsrechte von Zeitungen, Werken usw. erworben werden. Es sollte in einer Zeit von etwa 25 Jahren die Organisation im Besitz eines Kapitalwertes von mindestens einer Million Taler, angelegt in über alle Gegenden Deutschlands verstreuten Etablissements, sein werde. Dadurch sollte die Organisation nach der Ansicht Heinekés in die Lage kommen, ihren Bestrebungen einen festen Halt zu geben, damit sie freiständig für die Schaffung konnte, die als Opfer der gemeinschaftlichen Bestrebungen auf der Waage blieben oder auf Unterstützung ihrer Kollegen angewiesen waren. Das weitere Schicksal dieses Antrags wurde in die Hände einer Unterkommission gelegt. Der Verbandsbeitrag wurde auf 5 Pf. monatlich festgelegt. — Der zweite Buchdruckeritag fand im Jahre 1868 in Berlin statt. Er war von 34 Delegierten besucht, die rund 5000 Mitglieder vertraten. In seinem Geschäftsbericht stellte der Vorsitzende **Richard Härtel** fest, daß nach einer Wahrscheinlichkeitsrechnung in Deutschland wenig mehr denn 10000 Buchdruckergehilfen vorhanden waren und dazu etwa der dritte Teil Lehrlinge. Die Produktivgenossenschaftsfrage spielte auch hier wieder eine große Rolle. Sie fand ihre Erledigung durch Annahme eines Antrags, der es als wünschenswert und notwendig bezeichnet, Produktivgenossenschaften unter den Buchdruckern zu errichten, doch sollte die Beteiligung eine freiwillige sein. Auch ein Konflikt mit den bürgerlichen Presseberichterstattungen, die sich wegen einer scharfen, aber berechtigten Kritik jener Schriftsteller, die ihre persönliche Überzeugung verkaufen, beleidigt fühlten und streiten wollten, ist von dieser Tagung zu berichten. Ein besoldeter Verbandspräsident wurde hier erstmals eingesetzt, die Gründung der Zentralinvalidentasse beschlossen, ein Lehrlingsregulativ aufgestellt und der Verbandsbeitrag auf monatlich 10 Pf. erhöht. Dem „Korr.“ wurden erstmals jährlich 200 Taler Subvention bewilligt; sein Herausgeber war bekanntlich der Fortbildungsverein Leipziger Buchdruckergehilfen. Die Beratung von Mitteln und Wegen zur Abschaffung der regelmäßigen Sonntagsarbeit nahm einen großen Teil der Verhandlungen in Anspruch. Ein Antrag **Smalian** erklärte die Sonntagsarbeit für aufgehoben. Der Antrag wurde mit 22 gegen 21 Stimmen angenommen. — Der dritte Buchdruckeritag wurde vom 9. bis 12. September 1871 in Frankfurt abgehalten. Er war besucht von 34 Gauverbänden mit über 6200 Mitgliedern durch 50 Delegierte. Auch hier stand die Produktivgenossenschaftsfrage neben der unvermeidlichen Statutberatung wieder zur Tagesordnung. Der „Korr.“ wurde als offizielles Verbandsorgan erklärt, seine Übernahme in Verbandsregie beschlossen und die Redaktionsgeschäfte dem Verbandsvorsitzenden übertragen. Ein Verbandsausschuß mit dem Sitz in Stuttgart wurde geschaffen. — Der vierte Buchdruckeritag vereinigte im Jahre 1874 als Vertreter von 7325 Mit-

gliedern in 33 Gauverbänden und 339 Druckorten 53 Delegierte in Dresden. Diese Tagung brachte die statutarische Verpflichtung für die Mitglieder zur Einhaltung des Tariffs. Die Bildung von Drucker- und Maschinenmeistersektionen nach einem Nürnberg-er Antrag wurde mit 46 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage eines Gesetzesentwurfs über staatliche Anerkennung der Berufsvereine sollte durch Schritte beim Bundesrat und Reichstag erkräftigt werden. Die Produktivgenossenschaftsfrage wurde etwas permissivler erörtert. Einen breiten Raum nahmen die Beratungen über zahlreich eingereichte Anträge zu den Unterstützungsstellen ein. Der Verbandsbeitrag wurde auf 10 Pf. pro Woche festgesetzt. Das dreimalige Erscheinen des „Korr.“, der von 1863 bis 1869 einmal, von 1869 bis 1874 zweimal wöchentlich erschien, wurde ins Auge gefaßt und diesbezüglich das Weiterdem Verbandsvorstand überlassen. — Mit Beginn des Jahres 1875 wurde diese Anregung verwirklicht. Zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Organisation fand der nächste und fünfte Buchdruckeritag als sogenannter „außerordentlicher“ vom 24. bis 27. Mai 1876 in Leipzig statt. Auf ihm vertraten 49 Delegierte aus 28 Gauen 7200 Mitglieder. Es wurden neue Normen für die Reise- und Ortsunterstützung geschaffen. Die Produktivgenossenschaftsidee kam bei dieser Tagung sehr schlecht weg. Alle Anträge, sie neu zu beleben, wurden abgelehnt, darunter auch der Antrag auf Errichtung einer eignen Verbandsdruckerei, ferner ein Antrag auf Gründung einer Mobilienversicherungsgesellschaft gegen Feuergefahr usw. Der Verbandsbeitrag wurde auf wöchentlich 50 Pf. erhöht. — Im Jahre 1879 fand die erste Generalversammlung des „Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker“ in Hannover statt. Über deren Verlauf und Bedeutung ist im Feuilleton der heutigen Nummer das Nötige gesagt, so daß wir zur Registrierung der zweiten Generalversammlung des „Unterstützungsvereins“, die im Jahre 1882 in Stuttgart abgehalten wurde, übergehen können. Hier waren 9021 Mitglieder in 21 Gauen durch 45 Delegierte und 3 Bayern sowie 3 Leipziger als sogenannter „Protektler“ vertreten. Es wurde eine eingehende Statutberatung vorgenommen und die Gründung einer Zentralinvalidentasse und Waisenkasse abgelehnt. Satz wurde als Vereinsvorsitzender gewählt. Differenzen zwischen Vereinsleitung und dem Gau Leipzig wurden durch Annahme zweier Anträge aus der Welt zu schaffen gesucht. Der Verbandsbeitrag ward auf wöchentlich 40 Pf. herabgesetzt. — Die dritte Generalversammlung des Unterstützungsvereins fand vom 28. bis 31. Mai 1885 in Berlin statt. Auf ihr waren 54 Delegierte und 3 Vertreter aus Bayern anwesend bei einer Mitgliederzahl von 11.123. Es wurde die Ausdehnung der Zentralinvalidentasse auf alle Mitglieder beschlossen, ferner die Einführung des Rechtschutzes und die Aufhebung der Suspension des Leipziger Gaus. Der Verbandsbeitrag wurde wieder auf 50 Pf. wöchentlich erhöht. — Schon im nächsten Jahre, 1886, machte sich die vierte Generalversammlung des Unterstützungsvereins ein nötig, und zwar wegen beherrschender Schikanen, die eine abermalige „Reorganisation“ des Organisationsstatuts nötig machten. Diese Tagung fand vom 15. bis 17. Februar in Göttingen statt und war von 57 Delegierten und zwei Gästen aus Bayern besucht. Die von der preussischen Regierung geforderten Bedingungen bezüglich der Verbandsbeiträge wurden nach Möglichkeit erfüllt und als Sitz des Verbandsvorstandes Hannover in Aussicht genommen. — Vom 13. bis 15. März 1888 tagte die nächste, die fünfte Generalversammlung des reorganisierten Unterstützungsvereins in Hamburg. Es waren 47 Delegierte und vier Gäste aus Bayern als Vertreter von 11.643 Mitgliedern anwesend. Diese Tagung beschloß die Sicherlegung der Organisation nach Berlin und hatte sehr lebhaft Debatten über die Zentralinvalidentasse und deren eventuelle Liquidierung. Eine beantragte Verlegung des „Korr.“ nach dem Sitz des Hauptvorstandes wurde mit 23 gegen 22 Stimmen abgelehnt. — Die sechste Generalversammlung des „Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker“ fand vom 23. bis 25. Juni 1891 in Berlin bei Anwesenheit von 65 Delegierten, die insgesamt 17.018 Mitglieder vertraten, statt. Es war in gewisser Sinn eine Jubiläumsgeneralversammlung: zur Feier des 25-jährigen Bestehens des Verbandes. Das Verbandsstatut wurde einer gründlichen Revision unterzogen. Ein Antrag zur Gründung einer Witwenkasse ward durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Ein engerer Zusammenschluß mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wurde mit Rücksicht auf die Gesetzgebung für den Verband noch nicht für durchführbar gehalten. In der Tariffrage ward Wanderung der bestehenden Bestimmungen, und zwar unter Berücksichtigung einer Arbeitszeitverkürzung und strenger Durchführung der Vereinbarungen, verlangt. Die Obligatorisierung des „Korr.“ wurde gegen wenige und seine Verlegung nach dem Verbandsitz mit 43 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Eine Entschädigung von 50 Pf. pro Woche wurde auf unbestimmte Zeit ausgeschrieben. Betreffs der Maschinenmeister sprach diese Generalversammlung die Erwartung aus, daß sie sich, hiefür solchen Branchenvereinen anschließend, die nur Verbandsmitglieder aufnehmen. — Schon im nächsten Jahre, 1892, machte sich die siebente Generalversammlung des Unterstützungsvereins notwendig. Der große Kampf von 1891/92 und beherrschende Maßnahmen gaben die Veranlassung dazu. Sie fand in Stuttgart statt. 56 Delegierte und fünf Gäste aus Bayern waren anwesend als Vertreter einer Mitgliederzahl von 15.491. Sämtliche Delegierte waren Vertreter für drei verschiedene Generalversammlungen, die hintereinander abgehalten wurden, und zwar für die Zentralinvalidentasse, die Zentralinvalidentasse und die Allgemeine

Kasse. Für alle drei Klassen wurden teils vorbereitende, teils definitive Beschlüsse zu ihrer Verschmelzung in eine gemeinsame Klasse gefaßt. Die Rechte der Mitglieder wurden in freiwillige Leistungen des Vereins umgewandelt, um die Bevormundung durch die Behörden aufzuheben. Der Name des „Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker“ wurde in „Verband der Deutschen Buchdrucker“ umgewandelt. In § 1 des Verbandsstatuts wurde der Passus „mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“ aufgenommen und die Aufnahme der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen in den Verband abgelehnt. Die Verlegung des „Korr.“ an den Sitz des Verbandes fand mit 33 gegen 23 Stimmen abermals Ablehnung. In Tarifangelegenheiten wurde dem Vorstande Vollmacht erteilt, unter Zustimmung der Mitglieder mit den Prinzipalvereinbarungen zu treffen und gleichzeitig gegen einseitige Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch den Deutschen Buchdruckerverein protestiert. Auch spielte auf dieser Tagung die beantragte Gründung eines graphischen Kartells eine gewisse Rolle. Eine dem Projekte sehr günstige Resolution wurde angenommen. — Als erste Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ist die vom 17. bis 21. Juni 1895 in Breslau tagende zu registrieren. Auf ihr vertraten 63 Delegierte 19.188 Mitglieder. Bei der Statutberatung wurde ein Antrag auf Einberufung von Hauptberufungskonferenzen bei wichtigen Fragen mit großer Mehrheit angenommen. Ein Leipziger Antrag auf Errichtung eines Verbandsausschusses wurde nach hitziger Debatte entsprechend dem Wunsch **Maffius**, der dazu folgende drastische Worte fand: „Werden wir das giftgeschwollene Ding (den Antrag) in die Wollschlucht und Mauersteine und Zement in solcher Masse darauf, daß es nie wieder aufsteht. Wir haben schon an der einen Behörde genug und wollen nicht noch eine Oberbehörde haben“, zurückgezogen. Die abermalig beantragte Verlegung des „Korr.“ nach Berlin wurde wiederum abgelehnt, und zwar gegen die Stimmen der Berliner Delegierten. Die Tariffrage wurde eingehend erörtert und zeigte sich eine starke Opposition gegen eine Tarifgemeinschaft. Das „Korr.“-Obligatorium wurde mit 49 gegen 12 Stimmen abgelehnt, und zwar nicht zuletzt auf Votum seitens des damaligen Redakteurs **Wassch** und **Schüler** (Leipzig). Bezüglich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wurde in einer Resolution dieser die weitgehende Unterstützung zugesagt, von ihr aber auch die Einfaltung einer rein gewerkschaftlichen Taktik gefordert. Die Unterstützungsstellen des Deutschen Buchdruckervereins für Gesellen wurden als unverfügbar bezeichnet und den Mitgliedern empfohlen, den Prinzipalstellen nicht freiwillig anzugehören. Die Bezahlung des 1. Mai in Druckereien, wo die Kollegen moralisch gezeugen sind, zu feiern, wurde als selbstverständlich anerkannt und dies in einer Resolution zum Ausdruck gebracht. — Die zweite Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker fand als außerordentliche schon im Jahre darauf, 1896, vom 13. bis 18. Juli in Halle statt. Auf dieser Tagung hatten 67 Delegierte darüber zu entscheiden, ob das Tarifgemeinschaftsprinzip als maßgebende Richtschnur für den Verband in Zukunft zu gelten habe oder die von dem „Korr.“-Redakteur **Wassch** mit allen Mitteln verteidigte Tarifanarchie weiter bestehen solle. Die Generalversammlung erkannte die Haltung des Verbandsvorstandes sowie der Gehilfenvertreter und damit die Tarifgemeinschaftsidee auf ihrer heutigen Grundlage als richtig an und entließ den Redakteur **Wassch** seines Postens. — Dann folgte die dritte Generalversammlung im Jahre 1899 in Mainz. 82 Delegierte vertraten hier 26.344 Mitglieder. Wegen die damals dem Reichstags vorliegende Zusatzvorlage erhob diese Tagung in einer scharfen Resolution energischen Protest. Auch eine ausführliche „Korr.“-Debatte wurde geführt und der Redaktion viele gute Ratschläge gegeben, aber das Obligatorium abgelehnt; ebenso die Schaffung einer Preiskommission. Nicht besser erging es einem Antrag auf Errichtung eines Verbandsausschusses; er wurde abgelehnt. Eine ziemlich gründliche Erörterung der internationalen Beziehungen wurde gepflogen und über die Tätigkeit des Internationalen Buchdruckersekretariats manches ernste Wort gesprochen. Die verschiedenen Unterstützungsreglements und das Verbandsstatut wurden einer gründlichen Revision unterzogen. Die Abhaltung von Spezialkongressen der Sparten wurde von verschiedenen Delegierten als überflüssig bezeichnet. — Die vierte (ordentliche) Generalversammlung des Verbandes fand vom 23. bis 28. Juni 1902 in München statt. Es waren 104 Delegierte als Vertreter von 33.697 Mitgliedern anwesend. Einige Auseinandersetzungen zeitigte ein Telegramm des Tarifausschusses an den damaligen Staatssekretär **Posadowsky**. Bei Beratung von Änderungsanträgen zum Verbandsstatut wurde der Verbandsvorstand beauftragt, die beantragte Witwen- und Waisenkasse in Ermägung zu ziehen und die hierzu erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten. Die Aufnahme der Korrektoren in den Verband wurde befristet. Die Beziehungen des Verbandes und die Haltung des „Korr.“ zu der übrigen Arbeitererschaft nach der gewerkschaftlichen und politischen Richtung fanden eingehende Besprechung. Die Verlegung des „Korr.“ nach Berlin wurde mit 47 gegen 38 Stimmen und die Errichtung einer Verbandsdruckerei mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Über einen Antrag, der das „Korr.“-Obligatorium forderte, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Der Druck des „Korr.“ auf einer Rotationsmaschine wurde angeregt. Tarifliche Streitfragen in Rheinland-Westfalen wurden durch eingehende Aussprache geklärt. Zur beantragten Besseren Vertretung

der Maschinenfabrik in den Tarifinstanzen stellte sich die Generalversammlung auf den Standpunkt der Allgemeinheit in der Wahl der Gehilfenvertreter keine Vorschriften machen zu können. — Die nächste Generalversammlung des Verbandes fand am 1. Juni 1905 statt. Es waren 98 Delegierte als Vertreter von 43 137 Mitgliedern erschienen. Große Debatten wurden um eine größere Selbständigkeit der Gewerkschaften geführt. Auch die Besprechung der allgemeinen tariflichen Lage in Verbindung mit den Wünschen auf Abschluß des Tarifs von Organisation zu Organisation nahm einen großen Teil der Verhandlungen in Anspruch, die durch einstimmige Annahme einer Resolution ihren Abschluß fanden, wonach eine Revision des Tarifs beantragt werden sollte und die Anträge der Gehilfenchaft dazu in einer Gewerkschaftskonferenz unter Hinzuziehung der Gehilfenvertreter und Vertretern der einzelnen Spezialbranchen geprüft und zusammengestellt werden sollten. Die Hilfsarbeiterfrage wurde durch Annahme einer Resolution erledigt, nach der eine Unterstufung der Bestimmungen der Hilfsarbeiter zugeführt wurde, ein aktives Eintreten der Verbandsmitglieder für die Hilfsarbeiter aber nur nach vorhergehender Zustimmung durch den Zentralvorstand erfolgen sollte. Die Haltung des „Korr.“ gegenüber der politischen Arbeiterpartei wurde in Für und Wider lebhaft besprochen. Anträge auf Sitzverlegung des Verbandsorgans und Schaffung einer Reformkommission wurden abgelehnt. Auch wurde auf dieser Generalversammlung zum ersten Male die Stellung des Verbandes zu den Sparten ausführlicher behandelt und eine Resolution angenommen, in der die Spezialorganisationen als eine Notwendigkeit erklärt wurden und dem Verbandsvorstande Vollmacht gegeben wurde, etwa sich notwendig machende Spartenkongresse finanziell zu unterstützen. Ein Gehaltsregulativ der Verbandsbeamten wurde ebenfalls auf dieser Tagung festgelegt. — Auf der sechsten Generalversammlung des Verbandes, die vom 26. Mai bis 2. Juni 1908 in Köln abgehalten wurde, waren 52 200 Mitglieder durch 133 Delegierte vertreten. Der Abschluß des Organisationsvertrags durch den Verbandsvorstand sowie Beschlüsse und Kommentierungen des Tarifsamts fanden bei Beratung des Geschäftsberichts des Hauptvorstandes eingehende Besprechung und führten zur Anerkennung der Haltung des Verbandsvorstandes. Als Resultat einer Debatte über die Einberufung einer Handwerkerkonferenz in Leipzig wurde erklärt, es sei unstatthaft, daß einzelne Mitglieder, gleichviel aus welcher Veranlassung, Mitgliederkonferenzen einberufen. Eine umfangreiche Tarifdebatte zeitigte einen lebhaften Gedankenaustausch über Licht- und Schattenseiten der Tarifgemeinschaft im allgemeinen sowie teilweise Klärung verschiedener Differenzpunkte bezüglich der Auslegung, Durchsührung und Kommentierung tariflicher Sonderbestimmungen für einzelne Spezialberufe. Auch fanden sehr lebhaft Auseinandersetzungen über Konflikte zwischen Verbandsvorstand und einzelnen Sparten statt, die in der Hauptsache auf persönliche und sachliche Mißverständnisse zurückzuführen waren. Es wurde in dieser Sache eine Resolution angenommen, die die Wiederkehr solcher Differenzen für die Zukunft nach Möglichkeit ausschließen sollte. Hervorgehoben wurde eine Kritik an dem „Korr.“, fand die Frage der gewerkschaftlichen Neutralität eine sehr ausgiebige Erörterung und ergab die Annahme einer Resolution, in der die gewerkschaftliche Neutralität als prinzipieller Standpunkt des Verbandes erklärt und der Anschluß an die Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands als eine absolute Notwendigkeit bezeichnet wird. Des weiteren wurde die Anstellung eines zweiten Verbandsvorsitzenden und eines dritten Redakteurs beschlossen. Dem ersten Redakteur des „Korr.“ wurde Sitz und Stimme im Verbandsvorstande zugesprochen und die Sitzverlegung des „Korr.“ nach Berlin zum Beschluß erhoben. — Nun steht die siebente Generalversammlung des Verbandes in Hannover bevor. Auf ihr werden 124 Delegierte 63 000 Mitglieder vertreten. Ein eigenartiger Zufall will es, daß die Mitgliedschaft Nürnberg bis jetzt die einzige Stadt ist, die den Wunsch zu erkennen gegeben hat, die nächste Tagung unseres Verbandsparlamentes in ihren Mauern begrüßen zu können. Schon vor 32 Jahren, als die Generalversammlung zum erstenmal in Hannover abgehalten wurde, wünschten die Nürnberger Kollegen die Abhaltung der folgenden Generalversammlung in der altberühmten Stadt an der Regnitz. Ihr Vertreter Stammerger ersuchte in Hannover darum und wies darauf hin, daß Nürnberg schon früher dafür in Aussicht genommen worden sei. Aber er hatte kein Glück und mußte seinen Antrag zum Gunsten Stuttgarts zurückziehen. Ob wohl Nürnberg in diesem Jahre mehr Glück haben wird? Jakob freite um die Wahl sieben Jahre. Hans Sachsens Heimatsstadt um die Generalversammlung unserer Organisation schon 32 Jahre. . . .

Ferien! In Swinemünde bewilligte die Buchdruckerei W. Frißsche ihrem Personale bei dreijähriger Karenz drei Tage und bei fünfjähriger Tätigkeit eine Woche Ferien. Sehn Kollegen treten in den Genuß dieser Vergünstigung.

Am der Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Erfurt wurde Kollege Hampel als Fachlehrer angestellt.

Ein gefährlicher Druckfehler. Als der „Schwarzwälder Bote“ berichtet, wurde vor einiger Zeit in Paris ein Apoptifer zu einem Monat Gefängnis und zu einem sehr beträchtlichen Schadenersatz verurteilt, weil er eine nichtfreie Arznei ohne ärztliches Rezept verkauft und dadurch einen Todesfall herbeigeführt hatte, der in Wirklichkeit auf einen Druckfehler zurückzuführen war. Es

handelte sich um ein Rezept in einem Hausapothekenbuche, worin statt des Wortes Tropfen bei einer Neuauflage des Buchs das Wort Gramm zu lesen war. Der Verfasser des Buchs hatte dies bei der Korrektur übersehen und erhielt für dieses Versehen, das den Tod eines Menschen zur Folge hatte, drei Monate Gefängnis und 80 M. Geldstrafe.

Prüfungspflicht der Handwerkskammern gegenüber den Fabriklehrlingen. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat auf eine Eingabe des Vorstandes des Kreises II (Rheinland-Westfalen) des Deutschen Buchdruckervereins eine Entscheidung getroffen, durch welche die alte Streitfrage bezüglich der Prüfung der Lehrlinge aus Fabrikbetrieben in erfreulicher Weise geklärt und für die Zukunft aus der Welt geschafft wird. Wesentlich meigerten sich die Handwerkskammern bisher vielfach, Lehrlinge aus Betrieben, die ihnen nicht unterstellt sind, die nur an die Handelskammer Beiträge zahlen, zur Gesellenprüfung zuzulassen, oder knippten die Zulassung wenigstens an erschwerende Bestimmungen. Der aber die Gesellenprüfung nicht abgelegt hat, kann in der Zukunft auch die Meisterprüfung nicht ablegen, darf keine Lehrlinge ausbilden usw. Darin lag und liegen für Fabriken und Großbetriebe große Mißstände. Die Ausbildung von Lehrlingen ist ihnen erschwert und die bestehenden Lehrlinge selbst werden empfindlich geschädigt, indem durch Entziehung der Möglichkeit zur Ablegung der Gehilfenprüfung ihr rechtmäßiges Fortkommen im erlernten Beruf erschwert wird. Dilemm unauflösbaren Zustände wird nun durch die erwähnte Entscheidung des Oberpräsidenten im ganzen Königreich Preußen ein Ende gemacht werden. Der Beschluß lautet: „Dem Deutschen Buchdruckerverein teile ich ergebenst mit, daß der Herr Minister für Handel und Gewerbe mit darin beigetreten ist, daß die Handwerkskammern gemäß §§ 129 Abs. 5 und 131 Abs. 3 der Gewerbeordnung in Verbindung mit Ziffer 206 und der dazu ergangenen Ausführungsanweisung verpflichtet sind, die in Fabriken ausgebildeten Handwerkslehrlinge zu ihren Prüfungen vor ihrem Gesellenprüfungsausschusse zuzulassen, ohne daß sie berechtigt sind, von ihnen die Vorlegung der Verträge oder ihre Eintragung in die Lehrlingsrolle der Handwerkskammern oder die Erfüllung weiterer erschwerender Bedingungen zu verlangen. Erforderlichenfalls sollen jedoch die Handwerkskammern die Erhebung einer erhöhten Prüfungsgebühr von den Fabriklehrlingen einfordern. Die Handwerkskammern werden von den zuständigen Aufsichtsbehörden mit entsprechender Anweisung versehen werden.“ Es wäre zu wünschen, daß nunmehr die Handwerkskammern ihren passiven Widerstand gegen die Prüfung der Fabriklehrlinge vollends aufgeben, um so mehr, als ihnen nachgemessen ist, daß es Gesetzesbestimmungen gibt, die ihnen eine andere Haltung in dieser Frage zur Pflicht machen. Auch will es uns dünken, als böte sich hier für die Handwerkskammer ein sehr arbeitsreiches und schließlich auch erfolgreiches Tätigkeitsgebiet, wo dafür gelogt werden könnte, daß die Lehrlingsausbildung in Fabriken und Großbetrieben in bessere Bahnen gelenkt wird und sich nicht mehr zum großen Teil nur auf die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte erstreckt.

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen im Buchbindergewerbe, das wir im Leitartikel voriger Nummer schon berührt haben, stellt sich nach neueren Meldungen wie folgt dar: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 52 $\frac{1}{2}$ Stunden. Sie darf neun Stunden täglich und Sonnabends acht Stunden nicht überschreiten. Die Minimalstundenlöhne der Gehilfen werden insgesamt um 6 Pf. erhöht. Ab 1. Juli 1911 betragen sie für Stuttgart 52, für Leipzig 54 und für Berlin 56 Pf. und erhöhen sich am 1. Oktober 1913 um je 2 Pf. Für ausgereinigte Gehilfen tritt eine zweimalige Erhöhung, der Minimallöhne, am 1. Juli 1911 und am 1. Oktober 1913, um je 2 Pf. pro Arbeitsstunde ein. Die übrigen Minimallöhne der Spezialarbeiter in Berlin werden gleichfalls entsprechend erhöht. Auch geübte Arbeiterinnen über 16 Jahre erhalten eine zweimalige Lohnerhöhung um 3 und 1 Pf. nach einjähriger Tätigkeit im Berufe. Für lernende Spezialarbeiterinnen wird ein um 2 Pf. höherer Minimalstundenlohn gestiftet. Bezüglich der über Minimum Entlohnungen gaben die Prinzipalvertreter eine Erklärung ab, derzufolge den Unternehmern eine angemessene Lohnerhöhung empfohlen wird. Über die Überstundenbezahlung kam es wegen des Widerstandes der Leipziger Prinzipale zu keiner Verständigung. Es soll später darüber nochmals verhandelt werden. Ebenso wurde die Forderung der Arbeiter auf Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise zurückgestellt. Dagegen kam eine tarifliche Lehrlingskata zustande. Es dürfen auf drei Gehilfen zwei Lehrlinge, auf 6 = 3, auf 10 = 4, auf 15 = 5 und auf je weitere fünf Gehilfen ein Lehrling gehalten werden. Seimarbeit muß tariflich entlohnt werden. Die Verhandlungen wurden auf den 22. Mai vertagt, weil ein Teil der Unternehmervertreter verhindert war, an den Verhandlungen noch länger teilzunehmen. In der Hauptsache ist noch der Akkordtarif zu beraten. Die Gegenstände bezüglich des letzteren sind sehr beträchtlich, so daß man noch nicht sagen kann, wie die Beratungen ausgehen werden. Immerhin ist nach den gemachten Erfahrungen auf beiden Seiten ein sehr großes Verständnis für die hohe Bedeutung geordneter tariflicher Verhältnisse vorhanden, weshalb man der Hoffnung Raum geben darf, daß es den Steuermännern gelingen wird, die gefährlichen Klippen zu umschiffen und einen beide Teile nach Möglichkeit betrieblichen Tarif auf längere Zeit zu verankern. Die Leipziger Buchbindergehilfen haben sich mit den Vereinbarungen schon einverstanden erklärt in der

sicheren Erwartung, daß die über Minimum Entlohnungen eine angemessene Aufbesserung erhalten. Weniger zufrieden sind die Berliner. Sie stellten ihre Entscheidung zurück bis zum Abschluß der weiteren Verhandlungen.

Die geheime Feme der Unternehmer zeigt sich wieder einmal in einem Briefe der Oberwerte vorn. Heinrich Meyer in Frankfurt a. M. Er hat folgenden Inhalt: „Vertraulich: Der bei Ihnen angeblüh vom . . . beschäftigt gewesene . . . bewirbt sich um Arbeit bei uns. Wir fragen daher ergebenst bei Ihnen an, ob genannter ein tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter ist, wie sein Betragen bei Ihnen war und besonders, ob er kein Aufwiegler, Hezer oder dergleichen ist. Für Ihre gest. Bemühungen sagen wir Ihnen im voraus verbindlichen Dank und versichern Sie strengster Discretion. Zu Gegenbieten stets gern bereit, zeichnen hochachtungsvoll usw.“ Wie das „Hamburger Echo“ dazu noch zu berichten weiß, handelt es sich bei diesem Briefe um ein gedrucktes Formular und nicht um ein handschriftlich hergestelltes Dokument, woraus hervorgeht, daß die Auskunftseinholung und -erteilung in Unternehmerrreisen hinter dem Rücken der Arbeiterchaft in sehr üppiger Weise floriert.

Die Situation auf den Hamburger Seeschiffswerken spitzt sich wieder zu. Als im Vorjahre der große Kampf auf den deutschen Seeschiffswerken beendet wurde, nahmen die Werftarbeiter an, daß die Werftbesitzer ihnen gegebenen Versprechungen auch nachkommen würden. Nach den getroffenen Abmachungen sollten die bestehenden Einstellungslohne festgestellt und um 2 Pf. pro Stunde aufgebessert werden. Die Werftbesitzer legten das später so aus, daß die 1907 bestehenden Einstellungslohne hierfür die Grundlage bilden sollten. Hierüber herrschte in den Kreisen der Arbeiter begreifliche Erregung und sie verlangten, daß die zur Zeit des Ausbruchs des Kampfes bestehenden Einstellungslohne bei der Berechnung in Rechnung gestellt werden sollten. Wegen der Akkordpreise war bei den zentralen Verhandlungen bestimmt worden, daß diese vereinbart und derartig festgesetzt werden sollten, daß dabei „entsprechend über den Stundenlohn verdient werden kann“. Aber anstatt, daß die Werftbesitzer die Akkordpreise den Vereinbarungen gemäß erhöhten, wurde in vielen Fällen eine erhebliche Kürzung der Akkordpreise vorgenommen. Auch wegen der Bezahlung für die Nachtstunden ergaben sich Differenzen. Die Arbeiter der Hamburger Werften verlangten nach Beendigung des Kampfes den Zutritt einer örtlichen Verhandlungskommission, um über eine Reihe weiterer Streitpunkte eine Verständigung zu suchen. Während für die andern Werftorte eine solche Kommission von den Unternehmern ohne weiteres anerkannt wurde, verweigerte man sie für Hamburg. Erst nachdem sich die Situation äußerst kritisch gestaltet und die Organisationsvertreter erklärten, jede Verantwortung für die Folgen abzulehnen zu müssen, wenn die Werftbesitzer ihrer Ablehnung verharrten würden, bequämen sich die Unternehmern endlich dazu, der Bildung der Kommission zuzustimmen. Die Verhandlungen der Hamburger Ortskommission sind nun aber vollständig ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer haben sich hinter allerlei Ausreden verschanz. Die von den Arbeitervertretern gewünschte Höhe der Einstellungslohne haben die Werftbesitzer rund abgelehnt und die Akkordpreise als angemessen bezeichnet. Auch alle andern Wünsche der Arbeiter sind unberücksichtigt geblieben. In zwei stark besuchter Versammlungen der Werftarbeiter aller Branchen erstatteten die Vertreter der Ortskommission Bericht. Nach einer teilweise erregten Debatte fand eine Resolution Annahme, in der von den ergebnislosen örtlichen Verhandlungen Kenntnis genommen und die Organisationsleitungen aufgefordert wurde, eventuell erforderliche schärfere Maßnahmen vorzubereiten. In den Werftbestirben wird es nun liegen, den berechtigten Beschwerden abzuhelfen. Geschieht das nicht, so wird die Situation gefährlich. Teilweise wurde in den Versammlungen entschieden verlangt, sofort weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Im Reichstage hat sich die Komödie der passiven Resistenz der Blockparteien bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung bis zum § 339 durchgerungen. Alle Verbesserungsansprüche der fortschrittlichen und sozialdemokratischen Vertreter wurden abgelehnt.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der Norddeutsche Lloyd hat den Musterteward auf seinen Schnelldampfern wegen Lohnunterschieden gefälligst abgeholt. — In Sonderburg befinden sich die Hafnarbeiter in einem Abwehrstreik. — In Chemnitz sind im Holzgewerbe als Folge der benannten Metallarbeiterbewegung erste Differenzen ausgetrieben; etwa 600 Tischler befinden sich im Ausstand. — In Berlin haben die Bauklempner die Arbeit niedergelegt, da sie das Resultat der Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht als ungenügend betrachten. — In Bremen sind etwa 300 Straßenbahner wegen Maßregelungen in Streik getreten. Die „Christlichen“ üben sich als Streikbrecher. — Zugung von Holzarbeitern nach Hamburg ist nach wie vor streng zu vermeiden.

Gestorben.

In Aarhus (Dänemark) am 7. April der Buchdruckereibesitzer Sophus Bachhausen, 61 Jahre alt. — In Buer i. W. am 1. Mai der Maschinenfabrik Heinrich Reinhardt aus Worms, 37 Jahre alt — Bergschlag. In Hamburg am 3. Mai der Seher Heinrich Partig, 49 Jahre alt — Magenleiden. In Klein-Ruheim der Buchdrucker Peter Joseph Schauer aus Kriftel a. M., 40 Jahre alt. . . .

Haben Sie schon Ihren Sprech-Apparat

mit unzerstörbaren nadellosen Pathé-Platten? Der Sprech-Apparat bellamiert, singt, lacht, pfeift, spielt, gibt die herrlichsten Konzerte wieder und erhebt durch seinen Vortrag jung und alt, arm und reich. Was man auch hören mag: die beliebtesten Opern und Operetten, Märche, Walzer, Phantasien, Ouvertüren und andere effektvolle Orchester-Vorträge, auch Couplets, humoristische Vorträge und Gesänge, alles das trägt uns der Sprech-Apparat in naturgetreuer Wiedergabe vor.

Unübertroffen sind die von uns gelieferten Pathé-Platten, die im Gegensatz zu den allgemein bekannten Nadelplatten nahezu unzerstörbar sind und ferner mit einem niemals auszuwechsellenden polierten Edelstein gespielt werden. Viele Tausende, die bisher von uns einen Sprechapparat mit nadellosen Pathé-Platten bezogen haben, preisen dieselben. Täglich geben uns ungezählte Anerkennungen unaufgefordert zu!

Um auch Ihnen Gelegenheit zu geben, sich von der Güte unserer Apparate sowie unserer Pathé-Platten vor endgültigem Kaufe im eigenen Heim zu überzeugen, erklären wir uns bereit, Ihnen einen Spezial-Vergleichs-Sprechapparat mit echter Pathé-Schallbox und 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten 29 cm großen Pathé-Platten auf Verlangen ohne Anzahlung, ohne Nachnahme, ohne Emballageberechnung und ohne jede Kaufverpflichtung 5 Tage zur Probe zuzufenden. Sie werden entzückt sein von den Leistungen des herrlichen Apparates und werden uns danken, daß wir Ihnen dieses außergewöhnliche Angebot machten.

Haben Sie sich dann, also nach vorangegangener Probe, zum Kaufe entschlossen, so begnügen wir uns mit einer monatlichen Zahlung von 3 Mark, welcher Betrag einer täglichen Ausgabe von nur 10 Pfennigen gleichkommt. Der Apparat kostet einschließlich der echten Pathé-Schallbox nur 45.- M., während wir die Platten zu dem von der Fabrik vorgeschriebenen Verkaufspreise von 3.30 M. pro Doppelplatte (also für 2 Stücke) in Rechnung stellen.

Machen Sie also einen Versuch, der Sie nichts kostet als die ganz minimalen Spesen für die Hin- und eventuelle Rücksendung und werfen Sie den eingedrucktten Bestellschein, den Sie nur mit Ihrer Unterschrift zu versehen brauchen, in den nächsten Briefkasten. Unsere Adresse ist: **Dial & Freund, Breslau II, Postfach 338/38.**

Gefl. aus- Bestellschein 388/38 im Ruwert schneiden u. einfinden!

Hierdurch erlaube ich die Firma Dial & Freund in Breslau II, mir den angebotenen Luxus-Sprech-Apparat mit echter Pathé-Schallbox und 20 Stücke auf doppelseitig bespielten Pathé-Platten ohne Anzahlung, ohne Nachnahme, ohne jede Emballageberechnung, insbesondere ohne jede Kaufverpflichtung zur Probe zuzufenden. Ich verpflichte mich, diese Sendung, falls ich sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb 5 Tagen, vom Tage des Empfangs an gerechnet, franco zurückzuführen, andernfalls behalte ich sie und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechts monatlich 3 M. vom Ablaufe der Probezeit beginnend, bis der Wert des Apparates von 45 M. und der der 10 Doppelplatten à 3,30 M. beglichen ist.

Erfüllungsort ist Breslau.
Ort u. Datum: Vor-, Zuname u. Beruf:

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Sonntag, den 28. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Belsenbinderhof:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Wahl eines Reditors (unter Ausherrtraisung des § 17 des Statuts); 3. Bericht von der Generalversammlung des Verbandes. Jahresthemen Bericht erwartet. Der Vorstand.

Bereinigung der Stereotypen und Galvanoplastiker Süddeutschlands (Eitz Karlsruhe).

Sonntag, den 28. Mai, in der Restauration „Zum Kaiser“, Alte Sträßburg i. G., vorm. 9 1/2 Uhr, findet in der Restauration „Zum Kaiser“, Alte Sträßburg i. G., eine Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Jahresbericht; 3. Bericht der Delegierten über den Kongreß; 4. Beratung eingelaufener Anträge; 5. Neuwahl; 6. Tageslohn; 7. Verschiedenes. Einmalige Beiträge sind längstens bis 20. Mai an den Vorsitzenden einzuzahlen. Mitglieder Beteiligung steht entgegen. Der Vorstand, 1909

Halle a. S.

Sonntag, den 21. Mai, von morgens 6 Uhr an:
Besuch des Zoologischen Gartens.
11 1/2 Uhr:
Großes Konzert des Buchdruckerorchesters.
Eintrittskarten, bis 11 Uhr vormittags zum Eintritt in den Garten gültig, für Erwachsene à 20 Pf., für Kinder à 10 Pf., sind vom Kollegen Hugo Seydewitz, „Engländer Hof“, Großer Berlin, sowie von dem im Zirkulare bekannt gegebenen Ausgabestellen zu beziehen.
Zu allezeitiger Beteiligung an dieser frühlichen Zusammenkunft ladet die Kollegenschaft freundlichst ein.
Der Vorstand, 1905

Schriftschneidervereinigung Leipzig

Donnerstag, den 18. Mai, im Restaurant „Johannistal“, Hospitalstraße:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: 1. Geschäftsliches; 2. Bericht über die Statistik der Anfangslehre und die Eingabe an die Gewerbestammung; 3. Verschiedenes.
Sonntag, den 14. Mai: Ausflug nach Grimma. Abfahrt 6 Uhr 35 Min. früh. 1906
Jahresbeiträge: Beteiligung steht entgegen. Der Vorstand.

Bezirk Kaiserlantern.

Sonntag, den 11. Juni, vormitt. 10 Uhr, in der „Brauerei Ort“:
Bezirksversammlung.
Anträge sind bis zum 27. Mai an den Vorsitzenden H. May, Weichstraße 73, einzuliefern.

Arbeiten aus der Praxis als Muster-Vorlagen für Setzer und Drucker

Mappe 1
12 Quarttafeln mit 19 Schreibproben von Briefbogen und Kuverts
Preis 1 Mark. 20 Pf. Porto
Mitte Mai erscheint Mappe 2:
Geschäftskarten, Weinkarten, Speisekarten usw.
Zu beziehen gegen Voreinsendung oder Nachnahme des Betrags von W. Dispenzschneider, Braunschweig.
Für Johannisfest gezeichnete Gutenberg-Ausweis-karten in gediegener Ausstattung, 100 Exempl. gemischt für 4,50 Mk. portofrei gegen Voreinsendung des Betrags liefert Kollege A. M. Walz, Altona, S.-A.
Graphische Kunst der Gegenwart
Gübel, Prachtmonumentalwerk, gute Folge für 11-12 Mk. verlässlich. Dirschen unter Nr. 993 an die Geschäftsstelle d. W. erbeten.

Magenleiden! Stuhlverstopfung! Hämorrhoiden!
kann man selbst heilen.
Auskunft ert. kostenlos gerne an jedermann Krankenschwester Marie, Nicolastr. 6 Wiesbaden. C. 105.

Setzerblusen
echt blauweiß gestreift u. in jeder Farbe:
110 120 130 140 cm lang
Qual. extra 3,40, 3,60, 3,80, 4,00 Mark
„ Pa. 3,10, 3,20, 3,35, 3,50 „
„ I 2,85, 3,00, 3,15, 3,30 „
„ II 2,65, 2,70, 2,85, 3,00 „
„ III 2,30, 2,35, 2,50, 2,65 „
Maschinennestoranzüge zu 2,50-3,00 Mk.
Arno Etzold in Gera (R.)
Fabrik für Berufskleidung und Wäsche.
Katalog frei! [700]

Hunderttausende Kunden. Viele tausend Anerkennungen.
Jonass & Co.
Berlin D. 407.
Belle-Alliance-Strasse 3
Vorzugslieferanten vieler Beamtenvereine, liefern auf bequeme Teilzahlung.
Hochinteressanter Katalog mit über 4000 Abbildungen unsonst und portofrei.

Eine Quelle der Kraft für Alle
die sich matt und elend fühlen, die nervös und energielos sind, deren Schaffenskraft durch geistige oder körperliche Ueberarbeitung herabgesetzt ist, oder denen erschöpfende Krankheiten und schwere Gemütsregungen die Widerstandsfähigkeit nehmen, ist **SANATOGEN**
Sanatogen ist von mehr als 14000 Professoren und Aerzten aller Kulturländer glänzend begutachtet. Die unausgesetzte geistige Nachfrage und zahllose hunderttausende in Sanatogen bewiesene, dass derbelebte ihrer Kräfte und die Widerstandsfähigkeit auch und die geistigen Leistungen steigern und finden. Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Broschüre gratis und franko von Bauer & Cie., Berlin SW 42.

In jedem Ortsvereine leicht aufzuführen:
Die Kleistergräfin. Eine Buchdruckeroperette mit Gesang und Tanz von Otto Meyer. Rollenmaterial 7,50 Mk. Ansichtsexemplar 50 Pf. gegen Voreinsendung oder Nachnahme von Otto Meyer, Liegnitz, Nikolaistraße 14, oder K. Stegl, München 2, Holzstraße 7. 1904

Wohl! Stenographiennterr. (Cabelberger) erteilt erteilt schriftlich u. mündlich. Schriftleiter d. Fernkurse d. Vereinig. Stenogr. Lernender Buchdrucker in Deutschland, Münster i. W. 1902

Wachtung! Hamburg!
Alle Stenographiennterr. Buchdrucker nach Cabelberger in Hamburg werden gebeten, ihre Adresse unverzüglich abzugeben an **Leis Bruhns, Hamburg, St. Georg, Koppel Nr. 100, 1. Etage.**

Berlin.
Charlottenstraße 7 (vis-à-vis Berliner Theater). Empfehle den Kollegen zu Sitzungen und Festlichkeiten Zimmer bis 100 Personen und zwei Regalbahnen. **F. Schirm.** 1904

Inserum lieben Kollegen Herrn **Julius Müller** zu feiern
25 jährigen Berufs Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche. 1905
Wissen, den 11. Mai 1911.
Die Verbandskollegen der Firma Langen.

Am 7. Mai verschied in Klein-Auheim unser lieber Kollege [2]
Peter Joseph Schauer
aus Krißtal a. M.
im vierzigsten Lebensjahre.
Friede seiner Asche!
Bezirksverein Hanau.

Nach kurzer Krankheit verstarb am 6. Mai unser Mitglied, Kollege
Johannes Ernst.
von hier, im 57. Lebensjahre. [3]
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Buchdruckerverein in Lübeck.

Adressen für Zusendungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“:
für Artikel, Gebets-, Genossenschafts- und Volkswohlwörter:
Hilf: Willi Kraß;
„ Sozialpolitisches, Rundschau und Literarisches: Charles Schäfer;
„ Korrespondenzen, Anstalten und Feuilleton: Carl Schmidt;
„ Verhandlungen, Inserate, Offerten, Johannisfestungen usw.: Georg Böhler;
[Kantile in Leipzig, Salomonstraße 8. (Fernspr. 1411), Straße und Hausnummer ist stets anzugeben.]